

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST



Photos: © WCC/PhotoKoumenc

Während seiner China-Reise im November 2006 besuchte OeRK-Generalsekretär Kobia ein Dorf für allein gelassene Häftlingskinder in Dongzhou, Xi'an.

OeRK-Zentralausschuss Programmstruktur überarbeitet

Zur künftigen Ausrichtung und zur Programmarbeit des Oekumenischen Rates der Kirchen (OeRK) hat der OeRK-Zentralausschuss im September eine Reihe von Beschlüssen gefasst. In Übereinstimmung mit den Entscheidungen der Vollversammlung vom Februar 2006 in Porto Alegre wurde eine grundsätzlich überarbeitete Programmstruktur beschlossen. Insgesamt sechs Themenschwerpunkte wurden festgelegt:

- ▷ der OeRK und die ökumenische Bewegung im 21. Jahrhundert;
- ▷ Einheit, Mission und Spiritualität;
- ▷ Öffentliches Zeugnis und der Einsatz für Frieden;
- ▷ Gerechtigkeit, Diakonie und Verantwortung für die Schöpfung;
- ▷ Oekumenische und religiöse Bildung;
- ▷ Interreligiöser Dialog und Zusammenarbeit.

Die Presse- und Medienarbeit soll in den kommenden sieben Jahren verstärkt werden. Der OeRK will sein Profil und seinen Einfluss auf internationaler Ebene klarer sichtbar machen.

Generalsekretär Samuel Kobia betonte die Dringlichkeit des Christlich-Islamischen Dia-

logs und unterstrich die Bedeutung des interreligiösen Dialogs für alle Aspekte der Arbeit des Weltkirchenrates.

Globale Themen

Der Zentralausschuss beschloss unter anderem die Einrichtung eines neuen Oekumenischen Forums für Frieden im Nahen Osten. Weitere Themen waren HIV/Aids, gerechter Handel, die Situation von Kindersoldaten, besonders in Norduganda und die politische Situation im Kosovo, im Sudan, auf den Philippinen und in Sri Lanka.

Kobia verwies am Ende der Tagung auf das Ekklesiologie-Papier „Aufgerufen, die eine Kirche zu sein“, das die Vollversammlung beschlossen hatte. Er wünsche sich vor allem, junge Leute in die Debatte einzubeziehen, sagte Kobia und kündigte an, dazu verstärkt die neuen Medien wie das Internet zu nutzen.

Neue Kommissionen und beratende Organe

Der Zentralausschuss entschied sich für den Zusammenschluss von vier bestehenden Kommissionen zu einer gestärkten OeRK-„Kommission für Internationale Beziehungen“. Das neue Gremium werde die oeku-

AUS DEM INHALT

Zur Zukunft ökumenischer Vollversammlungen

Libanon:
Unerwünschte Friedenstruppen

Indien:
Proteste gegen Anti-Konversionsgesetz

USA:
„Religiöse Linke“ positioniert sich

Australien:
Kirche muss prophetisch bleiben

Kenia:
Kirchen auf Weltsozialforum

Hong Kong:
Mindestlohn in Kapitalismuszentrum

Namibia:
Innerer Ausgleich nötig

Aus Netzen und Bewegungen

Oekumenisches Netz in Deutschland (OeNiD):
Konziliarer Prozess muss Schwerpunkt für Sibiu werden

Selbstverständnis des OeNiD:
„Nicht Götzen, sondern dem Leben dienen“

Westfalen:
Auf dem Weg zur Dritten Europäischen Oekumenischen Versammlung

Oekumenisches Friedensnetz
Düsseldorf:
„Treue zum Evangelium und Bekenntnis zum Gott des Friedens“

menischen Aktivitäten in einer Reihe von Bereichen koordinieren, darunter öffentliche Angelegenheiten, Diakonie, Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie.

Ebenfalls in Übereinstimmung mit den Prioritäten der OeRK-Vollversammlung wurde ein neues Jugendgremium eingerichtet, das die Beteiligung von jungen Leuten am OeRK und die Unterstützung junger Verantwortungsträger in der Ökumene fördern soll. Trotz eines leichten Rückgangs im Einkommen sei die finanzielle Situation des OeRK stabil, lautete das Ergebnis der Finanz- und Haushaltsprüfung durch den Zentralausschuss. Die Personalausstattung werde entsprechend der veränderten Programmstruktur neu organisiert.

Moderator Altmann resümierte zum Schluss: „Die ökumenische Bewegung wird gebraucht wie nie zuvor.“

Moderate Kräfte innerhalb des Islam stärken

Dr. Soritua Nababan, eine der leitenden christlichen Persönlichkeiten im bevölkerungsreichsten islamischen Land der Erde, Indonesien, rief am Rande der Tagung des Zentralkomitees des Weltkirchenrates dazu auf, die moderaten Kräfte innerhalb des Islam zu stärken und durch Dialog Konfliktpotentiale zu reduzieren. Der 73jährige Nababan, der in Heidelberg zum Doktor der Theologie promoviert wurde, war 1987–1998 Ephorus, oder Bischof, der protestantischen Batak Kirche in Indonesien, der größten Lutherischen Kirche Asiens, mehrere Jahre auch Vizepräsident des Lutherischen Weltbundes, amtiert heute als einer der acht Präsidenten des Weltkirchenrates. „Heute ist meine Vision die christlich-islamischen Beziehungen zu vertiefen, um wegzukommen von der Vorstellung eines Kreuzzuges gegen den Islam. Ich denke, es ist unsere Aufgabe im interreligiösen Dialog und in der Zusammenarbeit die Rolle der moderaten Muslime in ihren jeweiligen Gemeinschaften zu stärken und nicht zuzulassen, dass die extremen Kräfte dominieren.“ Extreme Kräfte gebe es im übrigen auch unter Christen und Christinnen.

Zur Zukunft ökumenischer Vollversammlungen

Vertreterinnen und Vertreter der Leitungsgremien des Reformierten Weltbundes (RWB) und des Lutherischen Weltbundes (LWB) haben am 18. November 2006 in der Nähe von Genf erstmals gemeinsam beraten. Die Gespräche drehten sich unter anderem um den derzeitigen Stand der lutherisch-reformierten Beziehungen, aber auch um die Gestaltung zukünftiger ökumenischer Vollversammlungen.

RWB und des LWB erklären im Blick auf künftige globale Vollversammlungen, dass ökumenische Vollversammlungen von entscheidender Bedeutung für die konziliare

Oekumene im 21. Jahrhundert sei. Man müsse daher „neuartige Vollversammlungen“ konzipieren, die die Weite der ökumenischen Bewegung zum Ausdruck bringen.

In deren Rahmen sollten Kirchen und christliche Gemeinschaften sowie kirchliche Missions- und Entwicklungsorganisationen eine gemeinsam erstellte Tagesordnung bearbeiten können. Auf diesen Vollversammlungen sollten auch jene Gemeinschaften, die nicht Mitglieder des OeRK sind, vertreten sein. RWB und LWB empfehlen, die erste dieser neuartigen ökumenischen Vollversammlungen für das Jahr 2013 zu planen. Der OeRK wird aufgefordert, eine Grundsatzentscheidung in dieser Frage für die nächste OeRK-Zentralausschusstagung 2008 vorzubereiten.

Die Teilnehmenden an der Beratung vom Samstag brachten zum Ausdruck, dass sie davon ausgingen, dass LWB und RWB nach 2010 keine eigenen globalen Vollversammlungen mehr durchführen werden, sofern in diesem Bereich eine zufriedenstellende Entwicklung zu beobachten sei.

Gefahr neuer Kirchenspaltungen

Pfr. Walter Altmann, neu gewählter Moderator des Weltkirchenrates, hat vor der Gefahr neuer Kirchenspaltungen auf Grund dogmatischer und ethischer Spannungen gewarnt. Er unterstrich die Verpflichtung auf das Ziel der vollen und sichtbaren Einheit unter den Kirchen. In seinem ersten Bericht an das Zentralkomitee des Weltkirchenrates wies er auf brennende Fragen hin, die zur Zeit in vielen Kirchen diskutiert werden und aus denen neue Spaltungen zu entstehen drohten. Hinzu trete, dass diese Fragen auch die ökumenische Bewegung und den Weltkirchenrat Spannungen hervorriefen. Altmanns Bemerkungen stehen im Zusammenhang mit der heftigen Kontroverse innerhalb der anglikanischen Kirchengemeinschaft, die nach der Wahl eines offen homosexuell lebenden Geistlichen zum Bischof in den USA ausgebrochen ist, aber auch zu den Spannungen zwischen einzelnen Mitgliedkirchen über die Frage der Frauenordination. Er hoffe, so



Photo: © WCC / Peter Williams

Walter Altmann, Moderator des Zentralausschusses des Weltkirchenrates weist auf die Gefahr neuer Kirchenspaltungen hin.

Altmann, dass die neuen konsensorientierten Entscheidungsstrukturen des Weltkirchenrates einen offenen und respektvollen Dialog über strittige Fragen ermöglichen werden. Dabei dürfe keine Fragestellung tabu sein. Mit Blick auf das Jahr 2010 mit der 100-Jahrfeier der Weltmissionskonferenz von Edinburgh gestand Altmann ein, es sei noch immer nicht möglich, dass alle Kirchen miteinander die Eucharistie, das Abendmahl teilen. Es sei schmerzhaft, dass es nicht mehr Fortschritte auf dem Weg zur Tischgemeinschaft des Herrn gebe. Altmann warnte davor, das biblische Zeugnis als Steinbruch für die eigenen Überzeugungen zu verwenden und andere Positionen als der Schrift widersprechend zu diffamieren. „Sind wir bereit“, so Altmann, „dieser Versuchung zu widerstehen, und im Gegenteil einen aufrechten Dialog zu führen, gerade angesichts verbreiteter religiöser Fragmentierung?“

Evangelikale: Neues Lobby-Büro in Genf

In Zusammenarbeit mit der evangelikalen „Schweizer Evangelischen Allianz“ hat die „World Evangelical Alliance (WEA)“ ein neues Vertretungsbüro in Genf eröffnet. Ziel ist es, effizienter am Ort des neu errichteten internationalen Gerichtshofes für Menschenrechte der Vereinten Nationen zu sein. Nach Angaben von Jean-Paul Zuercher, dem Generalsekretär von Réseau Evangelique, einem Zweig der Schweizer Evangelikalen, sei ihre Vereinigung manchmal zu zurückhaltend gewesen, was die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen betreffe. Es sei aber von zentraler Bedeutung, in Genf präsent zu sein, um denen beizustehen, die um ihres Glaubens willen verfolgt werden.

OeRK – UNO Kobia mahnt Reform an

In einem Gratulationsschreiben an den südkoreanischen Aussenminister Ban Ki-Moon anlässlich seiner Wahl zum neuen Generalsekretär der Vereinten Nationen verwies der Generalsekretär des Oekumenischen Rates der Kirchen (OeRK), Pfr. Dr. Samuel Kobia, auch auf die Dringlichkeit einer Reform der UNO. Kobia erinnerte daran, dass das oberste Leitungsorgan des Rates, die Vollversammlung, auf ihrer Tagung im Februar in Brasilien dazu aufgerufen hat, „die gegenwärtige Beteiligung von Organisationen der Zivilgesellschaft und von Glaubensgemeinschaften an der Arbeit der UNO (...) als einem Instrument für mehr Transparenz und Überprüfbarkeit sicherzustellen und als Quelle für Fachwissen und Informationen zu nutzen“.

Religionen und religiöse Organisationen spielen eine wichtige Rolle bei der „Auseinandersetzung mit Fragen der Sicherheit, der Menschenrechte und der Entwicklung“, schrieb Kobia, und „zwischen Religion und Politik“ bestehe eine „zunehmende Interaktion“.

Lateinamerika: Weniger katholisch

Lateinamerika, einst als ein römisch-katholischer Kontinent angesehen, wird heute durch einen religiösen Pluralismus gekennzeichnet, der leicht in einen feindseligen Wettbewerb umschlagen könne, erklärte das Zentralkomitee des Weltkirchenrates Ende August. Es gebe keine Anzeichen, dass sich der Trend zu mehr religiösem Pluralismus in den nächsten Jahren umkehren werde, sagte Walter Altmann, Moderator des OeRK. So ging in den Jahren 1999–2001 der Anteil der Katholiken von 83% auf 73,5% der Bevölkerung zurück. Pfingstler und neu-pfingstlerische Bewegungen zeigten ein außergewöhnliches Wachstum, daneben gebe es auch ein signifikantes Ansteigen einer neuen Würdigung religiöser Ausdrucksformen indigener Volksgruppen, auch solcher mit afrikanischem Hintergrund. Gegenseitige Verunglimpfungen und Unterstellungen nähmen zu zwischen den religiösen Gemeinschaften.

Pazifik: Neue Dachorganisation für die Kirchen Römisch-katholische Kirche erneut Vollmitglied

Auf einer Konsultation von Verantwortlichen der Mitgliedskirchen des OeRK im Pazifik sowie Vertretern und Vertreterinnen dreier ökumenischer Organisationen in der Region ist beschlossen worden, die drei größten regionalen ökumenischen Organisationen im Pazifik unter einem gemeinsamen Dach zusammenzubringen.

Am Schluss einer Konsultation auf Fidschi vom 18.–21. September 2006 bekräftigten die Verantwortlichen ihr gemeinsames Engagement für „einen Paradigmenwechsel hin zu einer neuen Form ökumenischer Zusammenarbeit auf unserem ‚flüssigen Kontinent‘“ und sprachen sich für eine „strukturelle Zusammenlegung“ der Pazifischen Konferenz der Kirchen, der Südpazifischen Vereinigung Theologischer Hochschulen und der Pazifischen Theologischen Universität in einem neuen Pazifischen Ökumenischen Rat aus. Die Pazifische Konferenz der Kirchen wurde 1961 gegründet; seit 1976 ist die Pazifische Katholische Bischofskonferenz Vollmitglied.

Vertreter der pazifischen Kirchen und der drei betroffenen ökumenischen Organisationen führen nun eine detaillierte Machbarkeitsstudie im Blick auf einen Pazifischen Ökumenischen Rat durch, dessen Aufgabe es sein wird, die künftigen Aktivitäten der drei Organisationen zu leiten und zu koordinieren.

Religionen für den Frieden: Erklärung gegen Gewalt

Am 29. August 2006 endete in Kyoto die 8. Weltversammlung der „Religionen für den

Frieden“. Die Versammlung verabschiedete einen Appell, Religionen sollten sich von Gewalt distanzieren.

800 Delegierte aus über 100 Ländern und allen größeren religiösen Traditionen billigten die „Erklärung von Kyoto“ gegen Gewalt und zur Förderung gemeinsamer Sicherheit. „In einer Zeit, in der Religion von Extremisten usurpiert wird, haben sich Religionsführer in Kyoto versammelt, um der Welt die Kraft der religiösen Gemeinschaften zu zeigen, den Weg zum Frieden zu weisen, wenn sie zusammenarbeiten“, sagte William F. Vendley, der Generalsekretär der Weltkonferenz von „Religionen für den Frieden“.

In der Erklärung heißt es unter anderem: „Als Menschen mit religiöser Überzeugung stellen wir die Verantwortung fest, Gewalt in unsren eigenen Gemeinschaften zu begegnen, wo immer Religion missbraucht wird als Begründung oder Entschuldigung für Gewalt. Religiöse Gemeinschaften sollen widersprechen, wenn Religion und ihre heiligen Grundsätze verzerrt werden und zur Rechtfertigung von Gewalt dienen.“

Auch wenn es religiösen Führern aus Israel und Palästina in Kyoto dabei nicht gelang, sich auf eine gemeinsame Erklärung der Region zu verständigen, riefen sie doch gemeinsam dazu auf, die Kyoto-Erklärung zu unterstützen.

An der Versammlung nahmen auch Delegierte aus Irak, Südkorea, Sri Lanka und Sudan teil, vertreten waren Buddhisten, Christen, Hindu, Jainas, Juden, Muslime mit Schiiten und Sunniten, Shintoisten, Sikh, Zoroastrier sowie Vertreter von Naturreligionen. Die Weltversammlung der Religionen für den Frieden besteht seit 1970.

Sri Lanka: Störung von Friedensdemonstration verurteilt

Kirchenführer schlossen sich in Sri Lanka der Verurteilung einer Störung einer Friedensdemonstration durch buddhistische Mönche an. Die Kundgebung hatte einen sofortigen Waffenstillstand auf der Insel gefordert, als buddhistische Mönche den Marsch von ca. 5000 Teilnehmenden aus allen Religionsgemeinschaften gewaltsam störten. Auf mitgeführten Bannern forderten sie die Demonstranten dazu auf, sich in das von den sog. Tamilenrebellen kontrollierte Kilinochchi, der Hauptstadt der Vanniregion, zu begeben. Die „Rebellen“ wollen für die Mehrheitlich von Tamilen bewohnten Gebiete Autonomie erstreiten. Mehr als 1500 Menschen, darunter hunderte Zivilisten, sind in den letzten Monaten in den gewalttätigen Auseinandersetzungen getötet worden, nachdem der seit 2002 anhaltende fragile Waffenstillstand zerbrochen war. Aggressive Akte wie die der Mönche seien mehr als bedauerlich, gerade gegenüber der Manifestation verschiedenster religiöser Würdenträger und anderer friedensliebender Menschen, sagte der anglikanische Bischof Duleep de Chicckera von Colombo. Der nationale Kirchenrat

forderte mehr Vertrauen und Respekt unter den verschiedenen Religionsgemeinschaften, damit Freundschaft zwischen den Gruppen wachsen könne.

Libanon: Unerwünschte Friedenstruppen

Der armenische Katholikos Aram I, bis vor kurzem Moderator des OeRK, hat sich in einem öffentlichen Brief an UN-Generalsekretär Kofi Anan gegen den Einsatz türkischer UN-Truppen als Friedenstruppen im Libanon gewandt. In scharfen Worten fragte er, wie ein Land eine friedensschaffende Rolle spielen könne, in dessen politischer Kultur es noch immer eine Kultur der Massaker und der Ermordung unschuldiger Frauen und Kinder gebe. Dies sei „moralisch inakzeptabel“. Aram wies damit auf die Ermordung von ca. 1,5 Millionen Armeniern zwischen 1915 und 1923 durch die Jungtürkische damalige Regierung. Türkische Politiker sprechen diesen Ereignissen noch immer die Qualität eines Völkermordes ab, sondern halten dies für Auseinandersetzungen mit Partisanen. Aram I unterstrich, er könne den Anspruch einer Armee eines Landes niemals akzeptieren, das einen so unumstößlich negativen Ruf habe, was die Einhaltung von Gerechtigkeit und Menschenrechten betreffe. Wie könne ein Land, das widerrechtlich einen Teil Zyperns besetzt halte, im Libanon Land und Menschen verteidigen, fragte er.

Somalia: Gegen die Herrschaft einer Religion

Pfr. Mvume Dandala äußerte anlässlich der Eroberung der strategisch wichtigen Stadt Beletuein im Zentralsomalia im Spätsommer durch die „Union islamischer Gerichtshöfe“ (ICU) seine Sorge, dass das Land nicht unter die Herrschaft einer einzigen religiösen Gruppe möge. Dandala, Generalsekretär der Afrikanischen Kirchenkonferenz, sprach in diesem Zusammenhang vorsichtig von einer nicht hilfreichen Entwicklung. Eritrea und Äthiopien, beides Nachbarländer in der Region, unterstützen entgegengesetzte politische Gruppen in Somalia. Da auch diese beiden Länder selbst Landkonflikte um die Region Badme haben, steigt die Konfliktgefahr für die gesamte Region am Horn von Afrika. Es bestehe die Gefahr, dass dieser Konflikt in Afrika als eine christlich-islamische Auseinandersetzung gedeutet werden könne.

Welthandelsorganisation (WTO) trifft Kirchen

Der Generaldirektor der Welthandelsorganisation (WTO), Pascal Lamy traf sich im September mit einer Delegation des Weltkirchenrates und des „Globalen Ökumenischen Aktionsbündnisses“ (EAA), einer weltweiten Lobbygruppe für gerechten Handel. Laut Lamy handelte es sich bei diesem

Treffen um einen Anfang. Er wünsche sich eine Vertiefung der Kontakte zu zivilgesellschaftlichen Gruppen und Akteuren wie dem EAA. „Wir in der Welthandelsorganisation glauben, dass unsere Arbeit für liberaleren Handel zu mehr Gerechtigkeit beiträgt.“ Er rief dazu auf, bei bestehenden Meinungsunterschieden das Gespräch zu suchen und auf bessere Regeln hinzuwirken.

Samuel Kobia, Generalsekretär des Weltkirchenrates begrüßte Lamys Bereitschaft zu weiteren Gesprächen. Nach dem Scheitern der Verhandlungen der neuen Runde der WTO im Juli 2006, sei jetzt der geeignete Zeitpunkt, neu und aufrichtig die Probleme innerhalb der WTO anzugehen und sich der Unausgewogenheit zu stellen, die durch die starken Mitglieder und ihren bestimmenden Einfluss hervorgerufen werde. Weitere Treffen zwischen kirchlichen Gruppen und der WTO bedürften allerdings einer abgestimmten Tagesordnung. Dabei sei es ermutigend, dass Lamy dazu bereit sei. Schon Ende Juni war Lamy in das Hauptquartier des OeRK gekommen, um internationale Lobbygruppen über den Stand der wenige Tage später gescheiterten WTO-Verhandlungen zu informieren. Bei dieser Gelegenheit war Lamy eine weltweite Petition zahlreicher Kirchenführer übergeben worden, die zu mehr Gerechtigkeit im Welthandel aufrief.

Der Zentralkomitee des OeRK hatte seine Mitgliedskirchen aufgefordert, bei ihren jeweiligen Regierungen für neue, gerechte und demokratische Welthandelsregeln einzutreten.

Kleinkredite für menschliche Entwicklung 60 Jahre ECLOF

Seinen 60. Geburtstag feierte in diesem Jahr der Oekumenische Darlehensfonds ECLOF. Er wurde 1946 von OeRK-Verantwortlichen und visionären Bankiers gegründet, die Kredite in den Dienst der Bedürftigsten stellen wollten. So wurden sie zu Pionieren des Mikrokreditsystems für arme Menschen, das heute als einer der stärksten Motoren für die menschliche Entwicklung gilt.

Heute ist ECLOF ein bekanntes Kreditinstitut, das menschliche Entwicklung mit fairen Krediten fördern will. Gemäß Pfr. Dr. Christop Stückelberger, dem jetzigen Präsidenten, einem Schweizer Theologen und Spezialisten für Entwicklungsfragen, wird ECLOF von der Evangeliumsvision inspiriert: „Die Letzten sollen die Ersten sein.“ „Jesus Christus ist gekommen, um die Schwachen zu stärken, und diese Vision inspiriert ECLOF auch heute“, sagte er.

Im September 2006 erkannte der OeRK-Zentralkomitee ECLOF offiziell als Partnerorganisation an und formalisierte damit eine seit langem bestehende fruchtbare Zusammenarbeit.

Seit seiner Gründung im Jahre 1946 hat ECLOF Darlehen in einer Gesamthöhe von

über 100 Millionen US-Dollar an die Bedürftigsten vergeben. Allein 2005 kamen rund 15 000 Darlehen in einem Gesamtwert von 22 Millionen US-Dollar schätzungsweise 600 000 Ärmsten der Armen dieser Welt zugute, hauptsächlich in Afrika, Asien und Lateinamerika.

Bis zu drei Millionen Menschen haben bisher von einem ECLOF-Darlehen profitieren können, das arme Gemeinschaften in die Lage versetzt, ihre Lebensbedingungen zu verbessern. ECLOF arbeitet durch 32 Nationale ECLOF-Komitees, die alle die einmalige Partnerschaft fortsetzen, die Kirche, Zivilgesellschaft und wirtschaftliche Akteure zur Veränderung der Lebensbedingungen der Schwächsten in der Gesellschaft eingehen.

Deutschland: Marx kritisiert kapitalistisches Credo

Reinhard Marx, römisch-katholischer Bischof von Trier, hat den Anstieg von Managergehältern von bis zu 30 % kritisiert, wenn zugleich zahlreiche Unternehmen zusammen brächen und Arbeitsplätze verloren gingen. Marx, der auch Vorsitzender der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz ist, erklärte, diese Gehälter seien ein Ausdruck dafür, dass die Entwicklung immer weiter weg führe von einer sozialen Marktwirtschaft zu einem Kapitalismus, bei dem nur Gewinne zählten. Andere Ziele von Unternehmen, zum Beispiel Arbeitsplätze zu schaffen, verlor an Bedeutung.

So könne am Ende doch Karl Marx, sein Namensvetter, recht behalten, was er sich wirklich nicht wünsche, so Bischof Marx.

Indien: Kirchen ehren Gewinnerin des Alternativen Nobelpreises

Christliche Gruppen in Indien begrüßten die Entscheidung, neben anderen auch der Menschenrechtsaktivistin Ruth Manorama, Mitglied der „Kirche von Südindien“, den diesjährigen „Right Livelihood Award“ („Alternativer Nobelpreis“) zu verleihen.

„Wir sind sehr stolz auf sie“, sagte Bischof Chau, Generalsekretär der Nationalen Indischen Kirchenrates. In der Begründung für die Preisverleihung heißt es, Manorama sei eine der effektivsten Organisatorinnen und Anwältin für die Frauen der sog. Kaste der Unberührbaren (Dalit). Auch wenn die Diskriminierung aufgrund der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kaste durch die indische Verfassung und zahlreiche Gesetze verboten ist, existiert sie weiterhin vielfach.

„Dies ist nicht nur eine Auszeichnung für mich selbst, sie gilt dem Anliegen für das ich stehe genau so“, sagte Manorama, die selbst aus der Kaste der sog. Unberührbaren stammt. Manorama ist u. a. Präsidentin der Nationalen Föderation der Dalit-Frauen.

Indien: Proteste gegen Anti-Konversionsgesetz

Im indischen Bundesstaat Madhya Pradesh, der von der hindu-nationalistischen Partei BJP (Bharatiya Janata Party) regiert wird, verschärfen sich die Proteste gegen ein neues, vom Regionalparlament ohne Diskussion im Sommer angenommenen Gesetzes, das Gläubigen vorschreibt, eine bevorstehende Konversion einen Monat im Voraus den Behörden anzuzeigen. Davon ausgenommen seien Rückübertritte zum Hinduismus. Bei Verstößen sind Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren möglich.

Konversion durch Gewalt und „Anreize“ verbietet das Gesetz darüber hinaus grundsätzlich. Da die indische Verfassung vorsieht, dass Gesetze der Regionalparlamente durch den von der indischen Bundesregierung eingesetzten Gouverneur gegengezeichnet werden müssen, gab sich eine christliche Delegation zu ihm, um ihn von einer Unterschrift abzuhalten. Eine vergleichbare Situation gibt es auch im indischen Bundesstaat Rajasthan, der im April ein ähnliches Gesetz verabschiedet hat, dass seitdem beim Gouverneur liegt.

US-Anglikaner: Gipfeltreffen ohne Konsens

Auf einem Treffen US-amerikanischer Bischöfe der anglikanischen Kirchengemeinschaft ist es nicht gelungen, die internen Differenzen in Fragen der Weihe Homosexueller und der Kirchenzucht zu überwinden, die zu einer Spaltung innerhalb der Kirche zu werden drohen.

Auf Anregung des Primas, Erzbischof Rowan Williams von Canterbury, waren elf Bischöfe zusammen gekommen. „Wir hatten ein ehrliches und offenes Gespräch, das sich der Tiefe der Konflikte bewusst war, denen wir uns gegenüber sehen“, so der Primas, „wir anerkennen, dass wir genügend Weite (innerhalb der Kirche) erlauben müssen, aber wir konnten uns nicht auf einen gemeinsamen Weg dorthin verständigen.“

Zu den Teilnehmenden der Versammlung gehörten der scheidende leitende Bischof Frank T. Griswold sowie seine designierte Nachfolgerin Katharine Jefferts Schori. Vier der sieben amerikanischen anglikanischen Diözesen, wollen sich nicht der Autorität von Schori, der ersten weiblichen leitenden Bischöfin unterwerfen. Im übrigen hatten sowohl Griswold wie Schori die Weihe von Gene Robinson als Bischof von New Hampshire unterstützt, der als geschiedener Vater und offen einer homosexuellen Partnerschaft lebender Amtsträger heftige Kontroversen ausgelöst hat.

Einer der prominenten Kritiker, Bischof Robert Duncan von Pittsburgh, erklärte, es sei klar geworden, dass die Spaltung der amerikanischen Kirche so tief sei, dass er keine Möglichkeit mehr sehe, die Spaltung zu überwinden.

USA: Präsident der Evangelikalen Allianz in Sexskandal mit Callboy

Einer der führenden evangelikalen US-Prediger, der vehement gegen die Rechte von Schwulen gekämpft hat, muss sich mit der Diskussion wegen einer Beziehung zu einem Callboy stellen. Der Präsident der 30 Millionen Mitglieder zählenden Dachorganisation „Evangelikale Allianz“, Ted Haggard, Vater von fünf Kindern, ist am Allerseeleentag nach entsprechenden Vorwürfen von seinen Ämtern zurückgetreten. Der Callboy Mike Jones, der seine Begleitdienste im Internet anbietet, hatte einer Radiostation und dann CNN an Allerheiligen berichtet, dass er seit drei Jahren ein „geschäftliches Verhältnis“ mit Haggard habe. Er könne das mit Aufzeichnungen seines Anrufbeantworters und Umschlägen belegen, in denen ihm Haggard seinen Lohn gegeben habe. Bei den sexuellen Begegnungen habe sich Haggard auch mit Metamphetamin stimuliert, einer Designerdroge. Haggard habe ihm dafür je nach Dosis 100 bis 200 Dollar gezahlt. Jones begründete seinen Schritt an die Öffentlichkeit mit der unwahrhaftigen Debatte um die Schwulen-Ehe. Haggards Doppelmoral habe ihn entsetzt. Haggard stand seit 2003 an der Spitze der US-Allianz, zu der sich 45 000 Gemeinden zählen. Vor zwei Jahren setzte er sich für Bushs Wiederwahl ein.

USA: „Religiöse Linke“ positioniert sich

Nachdem bei den US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen die „Religiöse Rechte“ wesentlich zur Wiederwahl von George W. Bush beigetragen hat, formiert sich seit längerem in den USA eine „Religiöse Linke“ heraus. Viele Kommentatoren hätten traditionelle moralische Werte mehr mit der republikanischen Partei identifiziert. Pat Waak, Vorsitzende der Demokratischen Partei in Colorado, erklärte, ihre Partei müsse lernen, Fragen des Glaubens nicht einfach zu ignorieren: „Wir müssen lernen wie wir mit religiös motivierten Wählern ins Gespräch kommen über Abtreibung, homosexuelle Partnerschaft, Einwanderung und andere Fragen. Zugleich werben zahlreiche Religionsführer, die in der Öffentlichkeit als links wahrgenommen werden, für ein Ende des Irakkriegs. Sie treten für Mindestlöhne ein oder für Maßnahmen gegen die globale Erderwärmung. Die Bemühungen werden inzwischen sogar mit den Kampagnen der 60er Jahre von Martin L. King jr. und anderen Geistlichen gegen den Vietnamkrieg und für die Bürgerrechte verglichen.“

Auch auf dem Buchmarkt sind inzwischen entsprechende Titel von Jim Wallis, Rabbi Michael Lerner oder Jimmy Carter gut vertreten. Nur so sei den evangelikalen Christen entgegenzutreten, sagte die neue Zukunftshoffnung der Demokratischen Partei, Barack Obama aus Illinois, einziger farbiger US-Senator.

Australien: Kirche muss prophetisch bleiben

Der australische Oppositionsführer Kevin Rudd hat eine landesweite Debatte angestoßen, als er den wachsenden Einfluss konservativer christlicher Gruppen in der australischen Politik kritisierte. Gott gehöre keiner politischen Partei. Rudd kritisierte Politiker, die allein sich für christliche Kandidaten hielten. Seine Äußerungen waren die ersten seit vielen Jahren, die die Rolle der Kirchen in der australischen Politik thematisierten. Rudd forderte eine „andere christliche Stimme“ ein, die für soziale Gerechtigkeit eintrete und sich in der nationalen Debatte bemerkbar mache. Das Evangelium sei sowohl eine spirituelle als auch eine soziale Botschaft, so Rudd. Konservative und evangelikale Christen irrten, wenn sie den Glauben zur Privatsache erklärten.

Kenia: Kirchen auf Weltsozialforum

Die Kirchen in Afrika wollen deutlich sichtbar auf dem Weltsozialforum in Nairobi vom 20.-25. Januar 2007 vertreten sein und ihre Stimme erheben, wenn zum ersten Mal auf dem Kontinent diese Versammlung gegen eine ausbeuterische Globalisierung abgehalten wird.

„Sie ist wichtig, weil so eine Plattform geschaffen werden kann, die eine weltweite Kraft gegen Armut, Unterdrückung, Ungerechtigkeit und soziale Benachteiligung zu bilden vermag“, so der anglikanische Bischof Pie Ntukamazina aus Burundi, der an einem Vorbereitungstreffen in der kenianischen Hauptstadt teilnahm. „Die Stimme der Kirche kann am klarsten sein, wenn sie in Solidarität mit dem Armen ist“, so Ntukamazina. Die Kirche verschwende Zeit, wenn sie sich nicht aktiv am Aufbau einer Vision beteilige, die sich den benachteiligten Gemeinschaften zuwendet. Nach dem ersten Weltsozialgipfel 2001 in Porte Alegre stehe das Treffen in Nairobi unter dem Motto: „Eine andere Welt ist möglich!“. „Es scheint, dass viele das Weltsozialforum als ein Treffen von Radikalen verstanden haben“, so Eddie Makue, der Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates gegenüber Ecumenical News International, „aber in der oekumenischen Bewegung haben wir verstanden, dass es eines radikalen Wandels bedarf, wenn wir Gerechtigkeit erreichen wollen.“

Weitere Informationen unter: www.wsf2007.org

Namibia: Innerer Ausgleich nötig

Zephania Kameeta, Bischof der Lutherischen Kirche von Namibia, hat erfolgreich zwischen der namibischen Regierung und ehemaligen Kombattanten aus der SWAPO (South West Africa People's Organization) im Land vermittelt. In seinen Gesprächen,

zu dem ihn das „Committee on Welfare of Ex-Combatants“ („Wohlfahrtskomitee ehemaliger Freiheitskämpfer“) unter der Leitung ihres Sprechers Alex Kamwi ermächtigt hatte, galt es, unnötige Demonstrationen und Blockaden zu vermeiden und die Interessen der ehemaligen Freiheitskämpfer ins allgemein Bewusstsein zu rücken. Viele tausend Namibier hatten sich zwischen 1966 und 1989 der SWAPO angeschlossen, fanden aber nach der nicht zuletzt durch ihren Kampf erreichten Unabhängigkeit im öffentlichen Leben keinen gebührenden Platz.

Ihre Forderungen nach finanzieller Entschädigung würden allerdings nach Ansicht des Präsidenten Pohamba bis zu 40% des namibischen Haushaltes verschlingen. Zugleich kämpft eine Koalition von Kirchen und Nichtregierungsorganisationen in Namibia weiter darum, dass die Regierung ihre ablehnende Entscheidung revidiert, den Bürger ein monatliche Grundversicherung von umgerechnet ca. 10,- EUR zu zahlen.

Hong Kong: Mindestlohn in Kapitalismuszentrum

Christen in Hong Kong haben die eigenen Autoritäten in der „Speziellen Verwaltungszone“ aufgefordert, eine Mindestlohngesetzgebung auf dem Weg zu bringen. Lawrence An, Generalsekretär der „Hong Kong Catholic Commission for Labour Affairs“ erklärte im Oktober bei einem Gebetsgottesdienst: „Ein fairer Lohn bedeutet, dass die Arbeiter davon ihre Familien ernähren können sollen und dass ihre zukünftigen Bedürfnisse respektiert werden.“

Zu den Organisatoren des Gebetsvigil gehörten römisch-katholische Gruppen ebenso, wie das „Hong Kong Christian Institute“ und der Sozialdienst der Methodistischen Kirche. Südkorea und auch Japan hätten bereits Mindestlohnregelungen eingeführt, hieß es weiter. Nach der katholischen Soziallehre, so der Franziskanerpriester Stephen Chan, seien Arbeiter keine Produktionsmaschine des Arbeitgebers, sondern Partner in der Produktion. Sie hätten Anspruch auf gerechte Entlohnung.

Nicht Götzen, sondern dem Leben dienen!

Selbstverständigungspapier des „Oekumenischen Netzes in Deutschland“ (OeNiD)

Stand Oktober 2006

O. Woher wir kommen – wer wir sind

Die Oekumenischen Netze in Deutschland setzen sich im Rahmen des „Konziliaren Prozesses gegenseitiger Verpflichtung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ ein. Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung signalisieren die Überlebensfragen der Menschheit und die Herausforderungen für die christlichen Kirchen. Sie stehen für den Glauben an Gott als Schöpfer der Welt und des Menschen als seines Ebenbildes. In dem Glauben an Gott als Vater und Mutter aller Menschengeschwister, der Israel aus der Sklaverei befreit und seinen gekreuzigten Messias zum Anfang einer neuen Welt gemacht hat, ist der Gedanke des Rechtes auf Leben und Würde für alle Menschen, besonders für die Armen und Entrechteten verwurzelt.

Im Rahmen des Konziliaren Prozesses übernehmen Basisgruppen, Einrichtungen und Einzelpersonen vor Gott und den Menschen in vielfältigen Bereichen bewusst Verantwortung für die Schöpfung und das Leben der Menschen. Die Beteiligung an politischen Prozessen, z.B. in Europa 1989/90 und in Südafrika sowie der Einsatz für die Entschuldung von Ländern der Zweidrittelwelt und gerechten Handel, Initiativen für Flüchtlinge, Engagement gegen vielfältige Formen der Zerstörung der Natur, gegen Sozialabbau und Militarisierung waren und sind wichtige Aktivitäten im Konziliaren Prozess.

Dennoch stellt die ökumenische Bewegung – trotz all ihres Engagements – immer neues Elend, immer neue Formen der Gewalt und immer neue Zerstörungen der Lebensgrundlagen fest. Deshalb sehen wir eine besondere Herausforderung darin, die Einzelfelder, an denen sich viele abarbeiten, in einem größeren gesellschaftlichen und geopolitischen Zusammenhang zu reflektieren. Diesen Zusammenhang erkennen wir im kapitalistischen Wirtschafts- und Lebensmodell, das im Rahmen der Globalisierung weltweit durchgesetzt wird. Seine wirtschaftliche, politische und kulturelle Dynamik produziert immer neue Verwerfungen und erweist sich immer deutlicher als eine scheinbar unüberwindliche Blockade für notwendige Veränderungsprozesse.

Dies fordert uns heraus, das kapitalistische Wirtschafts- und Lebensmodell mit seinen imperialen Zuspitzungen, seine tödlichen Folgen und seine Tendenzen zur Selbstverabsolutierung mit dem Glauben an den Gott der Bibel zu konfrontieren, der für das Leben aller Menschen und die Integrität der Schöpfung steht. Diese Herausforderungen nehmen wir an im Einklang mit den Beschlüssen von dem Oekumenischen Rat der Kirchen (OeRK), dem Reformierten Weltbund (RWB) und dem Lutherischen Weltbund (LWB). Sie haben den Konziliaren Prozess zu einer Auseinandersetzung mit der neoliberalen Globalisierung und zu einer Oekumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt weiterentwickelt. Beide Prozesse sollen nach dem Vorschlag einer gemeinsamen Konferenz der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) und der ökumenischen Basisgruppen in Deutschland im Sinn des Konziliaren Prozesses zusammengeführt werden (Agenda von Freising). Das entspricht den Beschlüssen der Vollversammlung des OeRK in Porto Alegre, nach denen die beiden Prozesse zwei der vier zukünftigen Programmschwerpunkte bilden, die nicht mehr isoliert, sondern in Wechselwirkung miteinander fortgeführt werden sollen.

1. Verschärfung gesellschaftlicher Krisen und Widerstand

Globale und innergesellschaftliche Spaltungsprozesse kennzeichnen die Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten. Die Aufspaltung in ausgegrenzte Verlierer und dominante Profiteure ist dabei, fast flächendeckend die Grundlagen des Zusammenlebens zu zerstören.

Zugleich bilden sich Gegenkräfte gegen die weltweite Durchsetzung einer neoliberalen Politik. Sie machen deutlich, dass diese nicht widerspruchs- und widerstandslos akzeptiert wird.

1.1 Soziale Spaltung

Das reichste und das ärmste Fünftel der Weltbevölkerung trennt heute ein Graben, der bei einem Wohlstandsverhältnis von 100:1 angelangt ist. 1960 belief sich dies noch auf 30:1. Die Hälfte der Weltbevölkerung hat auch heute noch mit weniger als zwei US-\$ pro Tag auszukommen. Selbst in den ökonomisch aufstrebenden Boomländern profitiert in aller Regel nur eine Minderheit am wachsenden Reichtum.

Soziale Spaltungsprozesse prägen inzwischen auch die Gesellschaften im Norden. Europaweit werden Systeme sozialer Sicherheit abgebaut bzw. privatisiert. Dieser Ab- bzw. Umbau des Sozialstaates wird verursacht durch Steuerentlastungen für Unternehmen und Vermögende. Die Folge davon ist wachsende Armut und soziale Desintegration bei gleichzeitig wachsendem privatem Reichtum.

1.2 Krise der Arbeit

Wesentlicher Hintergrund für die Prozesse von Verarmung und sozialer Desintegration ist die sog. Krise der Arbeit. Mit immer weniger Menschen können in immer kürzerer Zeit immer mehr Waren produziert und Dienstleistungen angeboten werden. Dies reduziert die Nachfrage nach Arbeit. Statt die Produktivitätsgewinne zur Arbeitszeitverkürzung bei gerechter Verteilung der Arbeit zu nutzen, werden sie jedoch zur Reichtumsvermehrung der Kapitaleigner abgesaugt. Für immer mehr Menschen bedeutet das: Sie werden für Lohnarbeit „überflüssig“ und damit gesellschaftlich ausgegrenzt. Wer „überflüssig“ ist, ist nicht mehr „produktiv“ (im Sinne dieses Wirtschaftssystems), sondern wird zum belastenden Kostenfaktor. Wer eine Chance auf Arbeit haben will, steht unter dem Zwang, sich den Verwertungsbedingungen seiner Arbeitskraft zu beugen. Er muss in der Lage sein zu konkurrieren, d. h., reale Lohneinbußen, längere Arbeitszeiten, Verdichtung der Arbeitsprozesse, Abbau von Arbeitnehmerrechten und vieles mehr hinzunehmen. Genau dies fordert die politische Klasse, wenn sie nahezu einhellig die Parole ausgibt: Jede Arbeit ist besser als keine Arbeit. Die unweigerliche Konsequenz hieraus lautet: Armut trotz Arbeit und einen wachsenden Sockel an Arbeitslosigkeit.

1.3 Fortlaufende Zerstörung der Schöpfung

Trotz aller Bekenntnisse zu einer „nachhaltigen Entwicklung“ sind derzeit keinerlei Anzeichen für eine Abkehr von der Vorstellung unbegrenzten Wachstums zu registrieren. Im Gegenteil, immer mehr natürliche Ressourcen wie Wasser oder die Gene von Pflanzen und Tieren geraten unter den Druck schutz- und schrankenloser Aneignung. Angesichts der absehbaren Grenzen fossiler Energieträger und der aus deren Verbrennung resultierenden Klimafolgen („Treibhauseffekt“) gefährden die derzeitige Produktionsweise und der mit ihr verbundene Lebensstil die Grundlagen des Lebens. Dabei sind wieder einmal die Armen in den Ländern des Südens die ersten Opfer ökologischer Katastrophen. Damit wird deutlich, wie sehr die Zerstörung der Schöpfung mit der Frage nach Gerechtigkeit verbunden ist.

1.4 Alte und neue Formen der Gewalt

Träumten einige nach dem Ende des kalten Krieges von einer Friedensdividende, so müssen wir nun ernüchert feststellen: Die

Länder der Nato führen Krieg und treiben Prozesse der Militarisierung voran. Dabei steht die militärische Entwicklung und ihre Doktrin nicht mehr im Dienst der Landes-, sondern der wirtschaftlichen und politischen Interessenverteidigung. Neben den USA ist auch Europa dabei, eine aggressive Außen- und Militärpolitik voranzubringen, die im Widerspruch zu unserem Grundgesetz steht und deshalb durch eine neue EU-Verfassung legitimiert werden soll. Dabei ist vieles möglich geworden, was noch vor Jahren als undenkbar erschien: vom Abbau von Bürgerrechten über das „Outsourcing der Folter“ bis hin zu geheimdienstlich-polizeilicher Zusammenarbeit. Der „Krieg gegen Terrorismus“ dient dabei als willkommene Legitimation. Im Süden machen sich private Kriegsherren („Warlords“) die staatlichen Zerfallsprozesse zunutze. Für die ‚überflüssig‘ Gemachten wird der Dienst bei einem „Warlord“ oftmals zu einer durch die Verhältnisse erzwungenen Überlebensstrategie.

1.5 Widerstand

Überall auf der Welt regt sich Widerstand gegen die tödlichen Konsequenzen der neoliberalen Globalisierung. Immer mehr Menschen nehmen Ausgrenzung und Zerstörung der Lebensgrundlagen nicht widerspruchslos hin, sondern suchen in individuellen und kollektiven Strategien nach Überlebensmöglichkeiten und Alternativen des Lebens. Dies zeigt sich im Widerstand gegen Landenteignungen, gegen die Privatisierung der Wasserversorgung, gegen miserable Arbeitsbedingungen in den weltweit eingerichteten sog. freien Produktionszonen, gegen den Abbau sozialer Sicherungssysteme oder auch in der Migration in die „reichen“ Länder. In sozialen Bewegungen formiert sich Widerspruch und Protest in lokalen und globalen Sozialforen, in Aktionen gegen Militarisierung und Krieg und auch in der Entwicklung einer nachhaltigen und solidarischen Wirtschafts- und Lebensweise. An verschiedenen Orten und oft auch mit einander vernetzt formiert sich Widerstand und experimentieren Menschen mit Gegenentwürfen.

Wo Widerstand artikuliert wird, werden die Widersprüche der neoliberalen Globalisierung zwischen Versprechen und Realität wie in einem Brennglas sichtbar. Politik und Wirtschaft reagieren mit Strategien der Vereinnahmung und Integration von Teilforderungen dort, wo bestehende Machtstrukturen nicht in Frage gestellt und Profite nicht geschmälert werden (Schuldenerlass und Unternehmenskodizes). Sie reagieren aber zunehmend auch mit Repression (polizeiliche Niederschlagung von Protest), Eindämmung (Migrationskontrolle), Begrenzung von Widerständen auf eine „lokale“ Problematik und Steuerung der öffentlichen Wahrnehmung („Du bist Deutschland“). In diesem Prozess von Widerstand und Reaktion ist durchaus offen, ob aus den lokalen Widerständen und den Ansätzen zu einer Internationalisierung des Widerstands ein globaler Widerstandszyklus wird. Für die Entstehung eines „Flächenbrands des Widerstands“, eines globalen Widerstandszyklus, ist entscheidend, dass Menschen in ihrem Widerstand vor Ort die globale Perspektive zum Ausdruck bringen, also ihren lokalen Protest im Zusammenhang des Protests gegen globale Ungerechtigkeit, gegen globalen Unfrieden und gegen globale Zerstörung artikulieren. Dann können Menschen an anderen Orten das „Gemeinsame“ in der Bedrohung und im Protest gegen diese Bedrohung erkennen.

2. Von der Kritik neoliberaler Globalisierung zur Kapitalismuskritik

OeRK, RWB und LWB haben die beschriebene Entwicklung analysiert, mit biblisch-theologischen Einsichten konfrontiert und sind auf Initiative von VertreterInnen des Südens zu einer klaren theologisch begründeten Ablehnung des neoliberalen Kapitalismus vorgestoßen. Viele europäische Kirchen aber tabuisieren die Diskussion über Neoliberalismus, Kapitalismus und Imperium. Sie behaupten, Europa orientiere sich an der „sozialen Marktwirtschaft“. Diese müsse nur als Modell für eine verantwortlich gestaltete Globalisie-

rung in den „Dialog“ mit den Mächtigen in Wirtschaft und Politik eingebracht werden. Dabei wird die Auseinandersetzung mit Globalisierung ausschließlich auf eine ethische Frage reduziert und die theologische Herausforderung ebenso ignoriert wie die politisch-strukturellen Veränderungsnotwendigkeiten. Deshalb stehen die ökumenischen Basisbewegungen in Europa in der Pflicht, die Diskussion über die von der weltweiten Oekumene gestellten Fragen zunächst stellvertretend aufzunehmen, um Kirchen, Politik und Öffentlichkeit begründet herausfordern zu können, sich diesen Fragen zu stellen. Folgende Sichtweise ist dabei bisher erreicht worden:

2.1 Globalisierung als Krisenverschärfung

2.1.1 Deregulierung, Privatisierung, Kostensenkung in der Logik des „totalen Marktes“

Mit der gegenwärtigen Globalisierung und der Durchsetzung der mit ihr verbundenen neoliberalen Leitvorstellungen verschärfen sich die sozialen, politischen und ökologischen Krisen und Konflikte. Die Strategien der Deregulierung führen zu einem weltweiten Abbau sozialer und ökologischer Regulierungen. Sie machen Menschen schutzlos und geben die Schöpfung zur Ausbeutung frei. Im Kontext neoliberaler Globalisierung werden Menschen und ihre sozialen und ökologischen Lebensgrundlagen immer schärfer den Gesetzen des Marktes, d.h. der Logik der Reichtumsvermehrung für Kapitaleigner unterworfen. Durch Privatisierung werden grundlegende Lebensgüter wie Nahrungsmittel, Wasser, soziale Sicherheit, Bildung und Gesundheit für immer mehr Menschen zu unerschwinglichen Gütern. Auf dem Markt können nur diejenigen sich bedienen, die über entsprechende Kaufkraft verfügen. Nur zahlungsfähige Kunden haben Zugang zu den für ein Leben in Würde unverzichtbaren Gütern.

2.1.2 Eine veränderte Rolle des Staates

Entgegen einem weit verbreiteten Eindruck ist der Staat nicht einfach ohnmächtig den Prozessen neoliberal-kapitalistischer Globalisierung ausgesetzt. Vielmehr spielt staatliches Handeln dabei eine aktive Rolle. Dabei verändert der Staat einige seiner Funktionen. So erleben wir in den letzten Jahrzehnten einen Prozess der Abkehr vom „Sozialstaat“ hin zu einem „nationalen Wettbewerbsstaat“. Gesellschaften sollen als Standorte für den globalen Konkurrenzkampf um kostengünstigere Bedingungen für Produktion und Dienstleistungen „fit“ gemacht werden. Vor diesem Hintergrund verzichtet der Staat auf Steuereinnahmen von Unternehmen und drohelt vor allem Ausgaben in sozialen Bereichen. „Reform“ und „Modernisierung“ werden im neoliberalen Kontext zu lebensfeindlichen Instrumenten, die auf das Ziel globaler Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet sind. Langwierige und unberechenbare demokratische Prozesse gefährden dieses Ziel. Daher führt die Zurichtung der Gesellschaften auf Wettbewerbsfähigkeit in letzter Konsequenz zur Erosion von Demokratie.

Der neoliberale Staat ist nicht einfach ein „schwacher Staat“. Dieser Eindruck gilt nur für sozialstaatliche Funktionen. Der schwache Sozialstaat mutiert zu einem autoritären Sicherheitsstaat. Wachsende soziale Desintegration und die mit ihr verbundenen Erfahrungen der Demütigung produzieren neue Formen von Gewalt, welche die Funktionsfähigkeit des globalen Marktes beeinträchtigen können. Die phantasielose Antwort neoliberaler Politik auf Prozesse der Eskalation von Gewalt ist Sicherheitspolitik. Sie fragt nicht nach Ursachen von Gewalt, sondern baut nach innen Sicherheitssysteme aus. Nach außen dient eine Politik der Militarisierung mit dem Ausbau der Armeen zu Interventionsarmeen dem Ziel, soziale Folgen der Globalisierung einzuhegen und die Funktionsfähigkeit des Weltmarktes zu sichern. Diese Strategie findet ihren Ausdruck in der Änderung der Verteidigungsdoktrin nationaler Armeen und der Nato. Danach dient das Militär nicht der Landesverteidigung, sondern der Interessenverteidigung. Zu diesen Interessen werden unverhohlen der Zugang zu lebenswichtigen Rohstoffen und die Aufrechterhaltung des „freien Weltmarktes“

gezählt. Neoliberale Globalisierung wird polizeistaatlich und militärisch abgesichert.

2.2. Von der Globalisierungs- zur Kapitalismuskritik

Globalisierung und Neoliberalismus sind keine zufälligen Erscheinungen. Sie bezeichnen eine aktuelle Phase der neuzeitlichen kapitalistischen Entwicklung. Wie ist diese zu verstehen? Inwieweit kommt in ihnen die gegenwärtige Krise des Kapitalismus zum Ausdruck? Mit diesen Fragen werden wir uns verstärkt auseinandersetzen und eine Verständigung herbeiführen müssen.

Im Kapitalismus kommt es immer wieder zu Verwertungskrisen des Kapitals. Der Wettlauf um wettbewerbsfähigere, also effektivere Formen der Produktion zwingt zu immer höheren Investitionen in Sachkapital. Dies ermöglicht zwar einen enormen Produktivitätsfortschritt, dieser zeigt aber auch eine zerstörerische Dynamik als seine Kehrseite. Immer mehr Menschen werden als Arbeitskräfte für die Verwertung des Kapitals „überflüssig“ gemacht und gesellschaftlich ausgegrenzt. Aufgrund geringer Kaufkraft kommen sie als Kunden für die immer schnellere und umfangreichere Produktion von Waren und Dienstleistungen immer weniger in Frage. Weil angesichts der kapitalistischen Konkurrenz immer höhere Summen in Sachkapital investiert werden müssen, fürchten die Kapitaleigner, dass sie angesichts geringer werdender Nachfrage ihre hohen Renditen nicht mehr realisieren können. In dem mit der kapitalistischen Konkurrenz gegebenen Zwang zur permanenten und beschleunigten Steigerung der Produktivität werden folglich die arbeitenden Menschen und die Mitwelt, die Quellen des Reichtums, tendenziell zerstört.

Vor dem Hintergrund des verschärften Kampfes um Produktivitätsfortschritt im Dienst der Vermehrung des Kapitals erscheint Globalisierung als ein Prozess, in dem das Kapital neue und effektivere Akkumulationsmöglichkeiten in Raum und Zeit sucht.

3. Tendenzen zur Totalisierung mit einer zerstörerischen Dynamik

Der Konkurrenzkampf des Kapitals um immer effektivere und schnellere Möglichkeiten zur Akkumulation erfasst den gesamten Globus. Er unterwirft Menschen und Umwelt immer uneingeschränkter den Imperativen der Kapitalverwertung. Hierin zeigt der Kapitalismus seine totalisierenden Züge.

Für die Dynamik der Verwertung des Kapitals sollen tendenziell alle Grenzen fallen. Dabei wird der Globus „in Wert“ gesetzt und dabei auch die vielfältigen Lebenswelten der Menschen der Logik der Kapitalakkumulation unterworfen. Der Verwertungsprozess bestimmt immer mehr menschliche Bedürfnisse, Arbeits- und Lebensweisen, Mentalitäten und Gewohnheiten. Soziale Sicherheit und Bildung, Gesundheit und Wasser, Lebensglück und auch „Religion“ werden isolierten, aber über Kaufkraft verfügenden KundInnen angeboten. Kein verwertungsfreier Raum soll mehr übrig bleiben.

Die Prozesse der Ökonomisierung machen auch vor dem Menschen nicht halt. Es ist weitgehend gelungen, den „homo oeconomicus“ als prägendes Menschenbild des „realistischen Menschen“ durchzusetzen. Er repräsentiert das Bild des für die Vermarktung seines „Humankapitals“ und seine Daseinsvorsorge „eigenverantwortlichen“ Individuums. „Mobil“ und „flexibel“ stellt er sich in den Dienst der Kapitalverwertung und interpretiert Fremdbestimmung als Selbstbestimmung und Selbstunterwerfung als individuelles Glück. Dabei werden die VerliererInnen traumatisiert. Die Gewinner verfallen der Sucht, der Selbstüberhöhung und der Spaltung ihrer Person. Die Mittelklassen geraten in Angst vor dem gesellschaftlichen Absturz, fallen in Depression und entwickeln Aggressionen gegen Sündenböcke. Dabei werden Empathie und Solidarität als „weiblich“ verachtet und brutales Durchsetzungsvermögen als „männlich“ verehrt.

Totalisierend zeigt sich der Kapitalismus auch in seinen „Heilsver-

sprechen“ und religiösen Inszenierungen. Die Gesetze des Marktes versprechen Wohlstand. Dafür müssen jedoch „Opfer“ gebracht werden, die das Kapital „gnädig“ stimmen und geneigt machen zu Heil bringenden Investitionen. Daran soll die Welt genesen. In den „Liturgien“ des Kult-Marketing werden die Warenwelten als sinnstiftend inszeniert, und der Akt des Kaufens wird zum religiösen Erlebnis, zur aktiven Devotion.

Globalisierter Kapitalismus zielt darauf ab, den Globus immer markt- und warenförmiger zu machen. Dies zwingt zu immer neuen Anpassungsleistungen an den einzigen Zweck, den der Kapitalismus kennt: den der unendlichen und unbegrenzten Akkumulation des Kapitals um seiner selbst willen. Diesem irrationalen Selbstzweck werden Mensch und Natur „geopfert“. In letzter Konsequenz schließt die destruktive Dynamik des Kapitalismus den kollektiven Selbstmord der Gattung Mensch und die Zerstörung des Lebens ein. Es ist ein Kriegs-Weltbild, mit dem wir hier konfrontiert sind.

Offensichtlich spürt jedoch eine wachsende Zahl von Menschen, dass entgegen aller Heilsversprechen die wirkliche Entwicklung des Kapitalismus mit einer Dynamik der Zerstörung verbunden ist. So ist es kein Zufall, dass in den letzten Jahren den utopischen Heilsversprechen die Behauptung an die Seite gestellt wurde: Es gibt keine Alternative! Dieser Satz wirkt bis in tagespolitische Auseinandersetzungen hinein als Fundamentaldogma einer Politik, die sich immer vorbehaltloser und uneingeschränkter in den Dienst der grenzenlosen und unendlichen Vermehrung des Kapitals stellt und den Globus den Gesetzen der „In-Wert-Setzung“ unterwirft. Als Alternative zum Götzen Kapital darf es keinen Gott geben. Mit der Behauptung der Alternativlosigkeit soll Widerstand von vornherein als aussichtslos und unsinnig erscheinen.

4. Der Kapitalismus fordert unseren Glauben heraus

Die ökumenischen Prozesse zur Auseinandersetzung mit der neoliberalen Globalisierung fordern uns als Christinnen und Christen heraus, uns angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen des Kapitalismus verstärkt auseinander zu setzen mit

- der Tatsache, dass immer mehr Menschen Opfer von Ausgrenzung und barbarischen Formen der Gewalt werden,
- der Erfahrung neuer und alter Formen patriarchaler Machtstrukturen in Kirche und Gesellschaft (z. B. Sexismus, Abwertung homo- und bisexueller Liebe und unterschiedlicher Geschlechteridentitäten),
- den deutlicher hervortretenden faschistoiden Zügen des neoliberalen Kapitalismus in Form von Schuldzuweisungen an die Opfer und von tätlichen Angriffen auf Ausgegrenzte und Minderheiten,
- der Bedrohung der Schöpfung und Mitwelt, durch die das Leben gerade auch für kommende Generationen aufs Spiel gesetzt wird,
- der Beobachtung, dass der Kapitalismus im Zuge der globalen Durchsetzung immer deutlicher „religiöse“ Züge annimmt und sich zusehends totalisiert und verabsolutiert.

Es gibt hinreichend Anzeichen dafür, dass wir davon sprechen müssen, dass der Kapitalismus zur „alles bestimmenden Wirklichkeit“ (Thomas Ruster) wird. In der Sprache der jüdisch-christlichen Tradition gesprochen: Er nimmt den Platz Gottes ein und wird zum Götzen. Der Glaube an den Gott des Lebens, von dem die jüdisch-christliche Tradition erzählt, und die Herrschaft des Kapitals, das sich zur „alles bestimmenden Wirklichkeit“ macht, werden zu nicht mehr überbrückbaren Gegensätzen.

Damit stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von Christinnen, Christen und Kirchen zum Kapitalismus nicht mehr ausschließlich als ethische Frage nach einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung. Sie wird immer drängender zur theologischen Frage nach der Unterscheidung zwischen Gott und Götzen in unserer geschichtlichen Situation.

In der jüdisch-christlichen Tradition ist die Rede von Gott untrennbar mit der Leidensgeschichte von Menschen und ihrem Schrei nach Rettung und Befreiung verbunden. Diese Tradition macht empfindsam und wachsam gegenüber dem, was Menschen angetan

wird. Sie findet sich nicht mit einer Welt ab, in der Menschen ausgegrenzt und gequält werden. Aus der Erfahrung mit Armut und Ausgrenzung, mit Gewalt und Unterdrückung entwickelt sie Bilder vom Menschen und dem Zusammenleben der Menschen, die der kapitalistischen Ausgrenzungs- und Verwertungslogik widersprechen. Es sind die Bilder vom Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit als Bilder von einer Welt, in der alle satt und des Lebens froh sind und alle Menschen um einen Tisch herum Platz haben. In diesen Bildern wird das Recht auf Leben für alle, d.h. das Recht auf Zugang zu den Mitteln, die Menschen zum Leben brauchen, ebenso anschaulich wie das Recht auf Anerkennung, d.h. auf Partizipation aller am gesellschaftlichen Leben. Das Recht auf Leben und Anerkennung gilt vor allem den Armen und Unterdrückten, also den Menschen, denen es verweigert wird. Sie sind der Maßstab für seine Verwirklichung. Diese Sicht wurzelt im Glauben an einen Gott, der als Vater und Mutter aller Menschen alle Menschengeschwister zu der einen Menschheit verbindet. Ausgrenzung und Unterdrückung sind ebenso ein Anschlag auf die Würde des Menschen wie eine Lästerung Gottes.

Dieser befreiende Gott des Lebens ist von den Götzen der Unterwerfung und des Todes zu unterscheiden. In biblischen Traditionen wird das, was von Menschen geschaffen wurde, um dann Macht über sie zu gewinnen, Götze genannt. Götzen verlangen Opfer, blindes Vertrauen und blinde Unterwerfung. Sie zerstören Leben, indem sie von Menschen das als Opfer fordern, was als Güter des Lebens ihnen gehört. Sie zerstören Freiheit, indem sie eine alternativlose Unterwerfung unter ihre vermeintliche Heilsmacht verlangen. Menschen sollen ihr Leben nicht selbst gestalten, sondern alles von der Unterwerfung unter die Götzen erwarten. So warnen die biblischen Traditionen in unterschiedlichen Zusammenhängen vor der Unterwerfung unter den Mammon (z. B. Ex 32; Mt 6, 24; Eph 5,5) und die totale Macht politischer Systeme (z. B. Dan 3, Offb 13).

Ein besonders eindringliches und uns herausforderndes Beispiel ist die im Buch Daniel (Dan 3) überlieferte Forderung nach Unterwerfung unter das goldene Standbild. Es ist Symbol der sich totalisierenden Herrschaft der hellenistischen Weltreiche. Der König als Verkörperung der politischen Macht lässt aus Gold – dem Symbol für Reichtum und wirtschaftliche Macht – ein Standbild anfertigen. Durch den Befehl, sich vor ihm niederzuwerfen und es anzubeten, gibt er ihm ideologische Macht und inthronisiert es zusammen mit den Reichspriestern als Götzen. In einem Götzendienst wird in Szene gesetzt, was die Wirklichkeit bestimmen und Gegenstand aktiver Devotion sein soll: Gold/Geld regiert die Welt. Und das ist politisch gewollt. Gold/Geld soll als „Gott“ als „alles bestimmende Wirklichkeit“ funktionieren. In solchen Situationen kann der Glaube an den befreienden Gott des Lebens nur im entschiedenen Widerspruch zu den Götzen des Todes gelebt werden.

Nach Zeugnissen des Zweiten Testaments sehen sich Christinnen und Christen mit der Reichsreligion des römischen Imperiums und ihrer Funktion, das Reich religiös zu überhöhen und so zu sichern, konfrontiert. Sie sind herausgefordert, sich für Christus und gegen den Kaiser zu entscheiden. Nicht der Kaiser, sondern der Gekreuzigte wird zum „Herrn und Gott“ (Joh 20,28) und damit zum Zentrum der Gemeinde. Die Absage an den Kaiser und sein Imperium sind offensichtlich untrennbar mit dem Bekenntnis zu dem vom Imperium gekreuzigten, von Gott aber auferweckten und erhöhten Messias verbunden. Die Erhöhung des am Kreuz Erniedrigten stürzt die Mächtigen und ihre Imperien vom Thron. Diese Hoffnung wagt Maria in ihrem Lobgesang – dem sog. Magnificat (Lk 1,52) – auszusprechen.

An die Stelle der Pax Romana als Herrschafts- und Unterwerfungsordnung tritt als Alternative die Pax Christi (Lk 2,14). Deshalb kann es kein Fügen unter die Pax Romana geben. Nicht um Frieden mit der Pax Romana zu bringen, ist Jesus gekommen, sondern damit ein Riss entsteht quer durch die patriarchalen römischen Familien, in denen sich die Herrschaftsverhältnisse des Imperiums reproduzieren und widerspiegeln (Mt 10,34–39). Das hier begonnene Projekt einer herrschaftsfreien Geschwisterlichkeit sollte sich über das ganze Imperium ausbreiten und seine Herrschaft zum

Einsturz bringen. Erst wenn die Macht des Imperiums gebrochen ist (Offb 18), können der neue Himmel und die neue Erde Wirklichkeit werden (Offb 21).

Daher gehörte es nicht zur Konsequenz, sondern zum Inhalt jüdisch-christlichen Bekenntnisses, der Reichsreligion des römischen Imperiums mit dem Kaiserkult als Zentrum und der alternativlosen Unterwerfung unter das Imperium als Inhalt zu widersagen und zu widerstehen. Erst das entschiedene Nein zu den Götzen des Imperiums eröffnete Freiräume und ließ Alternativen möglich werden.

Das „Ich widersage“ und das „Ich glaube“ haben nicht zufällig ihren Ort in der Liturgie, vor allem in der Tauf Liturgie, die mit der Einführung und Aufnahme in die Christengemeinde verbunden ist. Dem Bösen, den Götzen des Todes, zu widersagen ist vom Bekenntnis des Glaubens an Gott nicht zu trennen. Das Nein zu den Götzen ist die Voraussetzung für das Ja zu Gott. An den Gott der Befreiung und des Lebens zu glauben geht offensichtlich nur in Widerspruch und Widerstand zu den Götzen, die Unterwerfung fordern und Tod produzieren.

Wir erinnern an diese biblischen Traditionen, weil wir uns durch eine Situation herausgefordert sehen, in der das Kapital immer deutlicher zum Götzen gemacht und der Kapitalismus sich als ökonomisches, politisches und kulturelles Lebensmodell zunehmend totalisiert. Allen Tendenzen zur totalen Unterwerfung der Welt unter das Ziel der Kapitalvermehrung für Eigentümer und allen Behauptungen der Alternativlosigkeit muss jüdisch-christliche Tradition in aller Entschiedenheit widersprechen, will sie ihr Bekenntnis, Gott sei „Herr“ der Geschichte, nicht verraten. Die Rede von der „Herrschaft“ Gottes steht für die Hoffnung auf Befreiung von Herrschaft und damit gegen die immer mehr Opfer fordernde Unterwerfung des Globus unter den Fetisch der Geldvermögensvermehrung als oberstem Ziel. Solange die Hoffnungen auf universale Gerechtigkeit und Solidarität nicht erfüllt sind, bleibt die Geschichte offen und damit auch offen für Alternativen „jenseits“ dessen, was in der Logik der Kapitalakkumulation denkbar und machbar ist.

So haben wir allen Grund, der Selbstverabsolutierung des Kapitalismus mit unserer Behauptung zu widersprechen: Eine andere Welt ist nötig und sie ist möglich. Wenn eine andere Welt jedoch im Rahmen des Kapitalismus nicht möglich ist, brauchen wir Alternativen zum Kapitalismus.

5. Perspektiven für ein Oekumenisches Netz in Deutschland (OeNiD)

Wenn wir das mit der Globalisierung des Kapitalismus verbundene Leid von Menschen wahrnehmen, wenn wir zudem feststellen müssen, dass der globalisierte Kapitalismus sich totalisiert, dann gehört das „Ganze“ unseres wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens auf den Prüfstand und muss in den Prozess der Veränderung einbezogen werden. Es kommt darauf an, dem neoliberalen Kapitalismus mit seinen dürftigen, eindimensionalen und lebenszerstörenden Normalitätsvorstellungen eine von der Vision des Reiches Gottes und seiner Gerechtigkeit inspirierte Praxis des Widerspruchs und des Widerstands, aber auch eines provokativen und kreativen Aufbruchs in eine andere mögliche Welt entgegenzustellen.

Wir müssen uns also mit der Frage auseinandersetzen, wie diese aussehen und wie sie erreicht werden kann. Dies jedenfalls sind Fragen, die uns viele Kirchen des Südens und die ökumenischen Organisationen vorlegen. Sie werden auch in anderen Glaubensgemeinschaften gestellt, mit deren befreienden Kräften, wir uns verbünden müssen, wie dies im Colloquium 2000 geschehen ist. Das Nein zum Götzendienst des Kapitalismus und das Ja zum Gott des Lebens und der Befreiung eröffnen jedenfalls Horizonte für die Suche nach einer Welt „jenseits“ der Logik der vermeintlich unbegrenzten und unendlichen Vermehrung des Kapitals um seiner selbst willen.

Dabei geht es um ein neues Paradigma wirtschaftlichen und politischen Handelns:

Ökonomisch geht es um Wirtschaften im Dienst des Lebens aller

und der Schöpfung. Dieses neue Paradigma orientiert sich nicht an dem irrationalen Zweck der Vermehrung des Kapitals um seiner selbst willen, sondern an den Lebensbedürfnissen der Menschen und der Schöpfung als eines lebendigen Organismus. Es zielt auf den Gebrauch der zum Leben nötigen Ressourcen und der Früchte gemeinsamer Arbeit für die Befriedigung der Lebensbedürfnisse aller Menschen und der Mitwelt.

Praktisch wird dies in einer Doppelstrategie. Dabei müssen dem herrschenden System Energien entzogen werden, z.B. durch Strategien der Verweigerung und des Boykotts sowie der Zerstörung von Mythen und Lügen des Systems in den Köpfen der Menschen. Gleichzeitig müssen wir versuchen, im Widerstand gegen Enteignungsstrategien wie der Privatisierung wichtiger Lebensgüter und in Ansätzen einer solidarischen und ökologischen Sozialwirtschaft Politik und Wirtschaft in den Dienst des Lebens zu stellen.

Politisch geht es um die Organisation des Zusammenlebens der Menschen in gegenseitiger Anerkennung und Partizipation am gesellschaftlichen Leben. Dieses Paradigma orientiert sich nicht an der alternativlosen Unterwerfung unter vermeintliche „Sachzwänge“, sondern an der Fähigkeit von Menschen, ihr Zusammenleben, partizipatorisch und gewaltfrei zu gestalten. Dabei geht es um gewaltloses Leben im Alltag vor Ort und darum, Bündnisse gegen die strukturelle ökonomische, politische und kulturelle Gewalt und die mit ihr verbundene Militarisierung und atomare Bedrohung zu initiieren. Dies alles zielt darauf ab, dass Menschen ihr Zusammenleben solidarisch gestalten können.

Kulturell geht es um die Ablösung eines Bildes vom Menschen als „Herrn“ und „Eigentümer“, der sich als „homo oeconomicus“ in Konkurrenz zu anderen vermarktet und „eigenverantwortlich“ sein Leben sichert. Statt dessen orientiert sich ein neues Paradigma am Menschen als einem Beziehungswesen, das in solidarischen Gemeinschaften und im Einklang mit der Schöpfung lebt. Die Beziehung umfasst alle Menschengeschwister sowie das gemeinsame Leben in der *einen* Welt. Mit allen teilen wir das gemeinsame Recht auf Leben und Anerkennung. Wenn ein Glied der Menschheitsfamilie leidet, leiden alle mit. Der Anschlag auf die Würde eines Menschen ist ein Anschlag auf die Würde der Menschheit. Und auch das Leiden der Schöpfung schreit nach Befreiung von „Sklaverei und Verlorenheit“ (Röm 8,21).

Die Hauptaufgabe des OeNiD sehen wir darin, sich immer wieder neu darüber zu verständigen, wie wir die Wirklichkeit kapitalistischer Globalisierung erleben, wie wir sie im Kontext jüdisch-christlicher Tradition beurteilen, wo wir widersprechen und uns widersetzen müssen und welche verwandelnde lebensfördernde Praxis wir aus unserem Widerspruch und Widerstand entwickeln können. In Kommunikation mit Menschen aus Ländern der Zweidrittelwelt, im Austausch unserer politischen und theologischen Analysen können wir unsere Kompetenzen und unsere Hoffnung stärken. So kann es uns um so besser gelingen, Anfragen und Kritik aus der Oekumene und dem „globalen Süden“ auch in unserem Land auf die Tagesordnung zu setzen und so eine deutlichere und entschiedenerere Stimme in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung und in unseren Kirchen sowie in den weltkirchlichen Zusammenhängen zu werden. Darüber hinaus sehen wir es als eine Aufgabe an, auch den Dialog mit muslimischen Gläubigen zu suchen, die in vielen Fragen unsere Grundüberzeugungen teilen. Dabei könnten Schritte zu einer Oekumene der Religionen getan werden. Ihre Gemeinsamkeit bestände vor allem in der Herausforderung durch das, was Menschen in der einen Welt erleiden müssen.

Über die Kirchen hinaus arbeitet das OeNiD mit in gesellschaftlichen Bündnissen, die sich gegen die Unterwerfung des Lebens unter das Diktat der Akkumulation des Kapitals wehren. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Bewegung der

Sozialforen sowie die Verbindung zu Bewegungen in der Zweidrittelwelt. Inspiriert durch die Bibel können wir uns einbringen und mitarbeiten am Ziel, solidarisch Mensch zu werden. Der Kairos ist da für einen Wandel von einer Kultur des Todes zu einer Kultur des Lebens.

Dieses Papier ist der Versuch zu beschreiben, wo wir gegenwärtig in unserem Bemühen um Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung stehen, wie wir die gegenwärtige Situation beurteilen und welche Herausforderungen wir sehen. Auf dieser Grundlage vereinbaren die Oekumenischen Netze praktische Arbeitsschwerpunkte, gehen im gegenseitigen Austausch ihren Weg miteinander und reflektieren dabei immer wieder neu ihre Sicht der Wirklichkeit im Zusammenhang der jüdisch-christlichen Tradition. So finden wir neue Orientierung für unsere Praxis in unseren gesellschaftlichen und kirchlichen Zusammenhängen.

Alle Gruppen und Einzelpersonen, die unser Anliegen teilen, laden wir ein, mit uns zusammen in einer Welt, die durch die „alles bestimmende Wirklichkeit“ des Kapitalismus von Zerstörung bedroht ist, Wege zu Gerechtigkeit, Frieden und der Bewahrung der Schöpfung zu suchen. In der gegenwärtigen Situation heißt das vor allem den Herrschaftsansprüchen des Kapitalismus zu widerstehen und sich für Alternativen des Lebens gegen tödliche Bedrohung einzusetzen. So kann es uns gelingen, das Engagement der ökumenischen Basis zu vertiefen und zu verbreitern und ihm so ein größeres Gewicht in der gesellschaftlichen und kirchlichen Öffentlichkeit zu geben.

Das Oekumenische Netz in Deutschland (OeNiD) hat den hiermit vorgelegten Text in einem einjährigen Diskussionsprozess erarbeitet und auf seiner Tagung am 29.10.2006 in Mannheim in dieser Form angenommen. Als „Work in Progress“ soll er dabei helfen, die eigene Grundposition klarer zu bestimmen und zur Weiterarbeit anregen.

Das OeNiD ist die selbst gewählte Kooperations- und Koordinationsebene der Oekumenischen Netze, Institutionen, Organisationen, Gruppen und Einzelnen, die in der Gesellschaft und in den Kirchen Deutschlands für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung arbeiten. Es ist kein Organ einer Kirche, sondern ein Zusammenschluss, der sich als Teil der Kirche und zugleich als Gegenüber zu den institutionellen Formen von Kirche sieht.

Im Rahmen des OeNiD arbeiten derzeit folgende Fachgruppen und Ad hoc-Gruppen:

- ▷ „Frieden heute“
- ▷ **Wirtschaften im Dienst des Lebens als Bekenntnisprozess der Kirchen**
- ▷ **Gemeindeökonomie**
- ▷ **Eine faire Chance für den Fairen Handel**
- ▷ **EU-Verfassung**
- ▷ **Dritte Europäische Oekumenische Versammlung in Sibiu (Rumänien)**

Kontaktbüro für das OeNiD: Michael Held, Arbeits- und Koordinierungsstelle PRAKTISCHE SCHRITTE für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung
Simon-Haune-Str. 15, 36251 Bad Hersfeld, Tel.: 0 66 21 / 62 01 86, Fax: 6 56 45
A-P-S@gmx.de

Aus oekumenischen NETZEN

► Berlin-Brandenburg „Auf gute Nachbarschaft“

Unter dem Motto „Auf gute Nachbarschaft“ fand am 9. September 2006 ein Oekumenisches Stadtkirchenfest (OeSKF) im Herzen von Berlin statt.

Fast alle 29 Mitgliedskirchen des OerBB, sowie Mitgliedskirchen des „Internationalen Konvents fremdsprachiger Gemeinden“ und eine Reihe von christlichen Organisationen haben bei den Vorbereitungen und der Durchführung des Ereignisses mitgearbeitet. Mindestens 10 000 Menschen nahmen im Laufe des Tages am Fest teil. Bundestagsvizepräsident Dr. Wolfgang Thierse leitete die Bibelarbeit. Danach folgten ein vielfältiges Jugendprogramm und vier verschiedene Gesprächsforen. Später wurde ein abwechslungsreiches Bühnenprogramm, mit Informationen (in Form von Interviews und Stellungnahmen) und Unterhaltung im Wechsel geboten.

Die Palette der Oekumene in der Region wurde zudem an 170 Ständen erfahrbar, an denen Kirchen und Verbände (usw.) sich und ihre Arbeit präsentiert haben. Während eines stundenlangen Programms in der St. Marienkirche konnte man unterschiedliche Formen von geistlicher Musik hören. Während des OeSKF wurde auch ein buntes Kinderprogramm geboten.

Am Abend wurde ein bewegender ökumenischer Gottesdienst im Freien gehalten, an dem der Vorsitzende des OerBB, Bischof Theodor Clemens (Herrnhuter Brüdergemeine), EKD-Ratsvorsitzender Bischof Dr. Wolfgang Huber, Erzbischof Georg Kardinal Sterzinsky, und der koptische Erzbischof Girgis El Moharaki aktiv auch an einer Dialogpredigt mitgewirkt haben.

Das OeSKF endete mit einem mitreißenden Konzert der A-capella-Gruppe „Wise Guys.“

Anfang September hat der OerBB zwei neue Publikationen herausgebracht:

- ▷ **Oekumenische Spazierwege – 15 Stadtführungen durch Berlin und seine Kirchenlandschaft mit Georg von Glowczewski**
- ▷ **Deiner wart ich mit Verlangen – Mystische Spiritualität entdecken mit dem Evangelischen Gesangbuch** von Pfr. Klaus Hägele.

Steve Smith, Evang. Referent des Oekumenisch-Missionarischen Institutes des OerBB.

Buchbestellungen an: Oekumenischer Rat

Berlin-Brandenburg, Gierkeplatz 2-4, 10585 Berlin

Tel: 0 30/3 42 10 00, Fax: 3 42 10 11, post@oerbb.de

► Bremen

Millenniums-Entwicklungsziele erneut vor Bremer Dom

Nach der mit über 40 kirchlichen und andere entwicklungspolitisch engagierten Nichtregierungsorganisationen und Gruppen durchgeführten Aktionswoche im Mai war mit Zielrichtung auf den G 8-Gipfel im Juni 2007 in Heiligendamm das Bremer Aktionsbündnis Millenniumsziele erneut in der Bremer Innenstadt präsent (vgl. www.millenniumsziele-bremen.de). Der Container der deutschen UN-Millenniumskampagne mit einem Info-Café und kleinem TV-Aufnahmestudio (Voice-Box) wurde genutzt, sich über die acht Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen zu informieren und die eigene Stimme zur Armutüberwindung zu erheben. Mit der Auftaktveranstaltung „Gerechter Welthandel – eine Utopie?“ machte Professor Rudolf Hickel die bundesdeutsche Verantwortung in den Verhandlungsrunden der Welthandelsorganisation (WTO) zum Thema und mahnte mit dem Ziel global ausgeglichener Finanz- und Handelsbilanzen ein Umsteuern der aggressiven Exportorientierung der deutschen Wirtschaft an. Auch das WTO-poly der BUND-Jugend kam zum Einsatz. Bürgermeister Jens Böhrnsen unterstützt die Aktionstage. Verabredungen mit den politisch Verantwortlichen für den Bildungsbereich und das kommunale Beschaffungswesen sollen im kommenden Jahr folgen (im Mai 2007 finden Bürgerschaftswahlen statt). Als Folge der Haushaltskampagne von erlassjahr.de wurde mit dem MdB Volker Kröning eine Fachtagung für den 23. Februar 2007 verabredet: „Wozu brauchen die Reichen die Armen? Plädoyer für wirksame Armutbekämpfung unter deutschem G 8-Vorsitz“. Auch hierbei sind WTO und Millenniumsziele Schwerpunkte der Debatte.

OeRK – Globalisierung

Mit einem Seminartag im Frühjahr zur vergleichenden Zusammenschau der reformierten, lutherischen und OeRK-Positionen zur Globalisierung will die Oekumenische Initiative ihre Position(en) klären. Hieraus soll ein Impuls in Richtung auf die 3. Europäische Oekumenische Versammlung auf dem Hintergrund des 8. Millenniumszieles für eine faire Entwicklungspartnerschaft seitens Europas gegeben werden

Bremen und Südafrika

Die konfessionell gemischte Begegnungsreise Jugendlicher und Erwachsener mit 21 Teil-

nehmerInnen hat in den Herbstferien den Kontakt mit dem Partner in Durban, dem Diakonia Council of Churches, vertieft und auch das zur Aktion Bundesschluss gehörende Matiwan's Kop in Kwa Zulu Natal besucht. In Durban wurden die Millenniumsentwicklungsziele als gemeinsamer Bezugsrahmen im Einsatz für Gerechtigkeit benannt und bei Projektbesuchen der Zusammenhang von Armutüberwindung und HIV/Aids deutlich. Ein Austausch über die Position von Kirche zu Fragen wirtschaftlicher Gerechtigkeit wurde anhand des vom Durbaner Kirchenrat herausgegebenen Dokuments „THE OIKOS JOURNEY – A theological reflection on the economic crisis in South Africa“ verabredet (vgl. www.diakonia.org.za/dmdocuments/OikosA5e.pdf), eine deutsche Übersetzung durch Karin Saarmann/Aktion Bundesschluss ist über die Oekumenische Initiative erhältlich). Ein Gegenbesuch südafrikanischer Jugendlicher in Deutschland wird für 2008 anvisiert.

Bewegend war in Matiwan's Kop, 350 Kilometer landeinwärts von der Küste bei Durban, die Feier eines Gottesdienstes aus Anlass der Rückübertragung der Eigentumsrechte an Grund und Boden. Dieser war in Apartheidzeiten enteignet worden. Aktion Bundesschluss hat über die vergangenen 20 Jahre durch Aktionen und Proteste die Zwangsumsiedlung der Bevölkerung von Matiwan's Kop abgewendet und sich nach dem Ende der Apartheid bemüht, die durch politische Konfliktlinien zwischen ANC und Inkatha sowie durch Machtansprüche des traditionellen Häuptlings (Nkosi) blockierte Entwicklung der dörflichen Gemeinschaft zu befördern. Der Besuch der Bremer Gruppe hat – wie durch Reden und symbolhafte Handlungen im Gottesdienst deutlich wurde – zur Versöhnung zwischen den Konfliktparteien beigetragen.

Uwe Ihssen, Evangelisches Bildungswerk Bremen

Oekumenische Initiative Bremen

Hollerallee 75, 28209 Bremen

Tel.: 04 21/3 4615-36, Fax: 3 4615-38

www.oekumene.kirche-bremen.de

www.bildungswerk.kirche-bremen.de

► Westfalen

Regionale Versammlung – Auf dem Weg zur Dritten Europäischen Oekumenischen Versammlung

Die Evangelische Kirche von Westfalen lädt für Samstag, den 27. Januar 2007, ab 10 Uhr, alle Gruppen des Konziliaren Prozesses und oekumenischer Partnerschaften aus Kirchenkreisen und Gemeinden sowie alle Interessierten zu einer Regionalen Versammlung ins *Reinoldinum* nach Dortmund ein.

Nach einem einleitenden Referat von Dechant Stefan Cosoroaba von der Ev. Kir-

che Augsbургischen Bekenntnisses in Rumänien finden am Nachmittag Foren statt, die sich an den Themen der EOeV3 orientieren, zu der die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und der Rat der Europäischen Bischofskonferenz (CCEE) für den **4.-9. September 2007** nach Sibiu (Rumänien) einladen. In der Mittagspause haben Gruppen und Initiativen Gelegenheit, sich auf einem „Markt“ zu präsentieren. Um 17.30 Uhr wird ein Abschlussgottesdienst in der St. Marienkirche gefeiert.

Weitere Informationen bei Pfarrer Horst Hoffmann
Amt für Mission, Oekumene und kirchliche Weltverantwortung (MOeWe) der Ev. Kirche von Westfalen
Olpe 35, 44135 Dortmund
Tel.: 02 31 / 54 09-73, Fax: 54 09-21

► Oekumenisches Friedensnetz Düsseldorf

„Treue zum Evangelium und Bekenntnis zum Gott des Friedens“

Oekumenische Erklärung von Christinnen und Christen aller Konfessionen zu Militärdoktrinen im Dienste nationaler Wirtschaftsinteressen

„Die Gemeinschaft der Kirchen umfasst heute Christen, die einen „Friedensdienst mit Waffen“ für möglich halten, und christliche Pazifisten. Diese Gemeinschaft von Christen auf unterschiedlichen Wegen und in gegenseitigem Respekt basiert auf dem Oekumenischen Konsens, dass Krieg nach Gottes Willen nicht sein darf. Ohne diesen Konsens kann sie nicht bestehen.

Im dritten Jahrtausend werden nun in der so genannten „westlichen Welt“ immer offener nationale Wirtschaftsinteressen als Zielvorgaben in militärischen Planungen geltend gemacht und sogar dem zuarbeitende Verfassungsänderungen angestrebt. Verschiedene Militärdoktrinen nennen in diesem Zusammenhang unter anderem „freie Weltmärkte“, freie Handels- und Seewege, den Zugang zu Rohstoffen, eine gesicherte Versorgung mit Energie-Ressourcen, die Wahrung des nationalen Wohlstands und eine Abwehr von Immigration aus armen Erdregionen.

All diese Gesichtspunkte rechtfertigen weder nach dem Völkerrecht noch nach der Friedensethik der christlichen Oekumene den Einsatz von tödlichen Waffen oder die Gefährdung des Lebens von Zivilisten und Soldaten.

Als Getaufte erklären wir in aller Deutlichkeit: Wer für Soldaten betet und gleichzeitig Militärdoktrinen zugunsten von Wirtschaftsinteressen befürwortet, lästert Gott. Wer nationale Wirtschaftsinteressen zur Rechtfertigung von militärischem Handeln heranzieht, verlässt die Treue zum

Evangelium und trennt sich selbst von der Gemeinschaft der Glaubenden. Wir bitten alle Schwestern und Brüder inständig, das gemeinsame Band nicht zu zerreißen, am Bekenntnis zum Gott des Friedens festzuhalten und gegen jegliche politische Rechtfertigung von Kriegen aus wirtschaftlichem Interesse Widerstand zu leisten.“

Die vorstehende Erklärung soll aufzeigen, dass Christen in der Politik, die an Militärdoktrinen zugunsten von Wirtschaftsinteressen mitwirken, den Oekumenischen Konsens verlassen und zur Etablierung von Kriegsgründen beitragen, die in der gesamten Oekumene einhellig abgelehnt werden – nicht nur von Pazifisten.

Damit nicht nur Christen in der Bundesrepublik unterzeichnen können, wird auf die hiesige Weißbuch- und Grundgesetzdebatte nicht explizit eingegangen.

Um das Anliegen zu konzentrieren, wird das übergeordnete Thema der Oekumene hier nicht ausgeführt (konziliarer Prozess angesichts der aggressiven „neoliberalen“ Globalisierung).

Die Erklärung geht unmissverständlich davon aus, dass Verfechter entsprechender Doktrinen und Ideologien („Wirtschaftskriege“) sich selbst außerhalb der christlichen Gemeinschaft stellen.

Kontakt: Oekumenisches Friedensnetz Düsseldorf
Christinnen & Christen, c./o. P. Bürger, Kiefernstr. 33
40233 Düsseldorf, post@oekumenisches-friedensnetz.de

► Württemberg

Rolle der Kirchen im Südafrikakonflikt

Bei seiner Jahresversammlung am 3. Oktober 2006 hat die württembergische Initiative Pro Oekumene (POe) die Ernte eines Jahrzehnte langen Kampfes gegen die Apartheid eingefahren in Gestalt des Buches seines Vorstandsmitglieds Dr. Gunther J. Hermann, „Apartheid als oekumenische Herausforderung. Die Rolle der Kirche im Südafrikakonflikt.“

Der Autor hat die Entstehungsgeschichte seines Buches dargestellt und die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst. Ein dritter Teil bezog sich auf mögliche Lehren aus dieser spannungsreichen Beziehung zwischen ökumenischer Basis und der verfassten Kirche. Zitat: „Die etablierte Kirche könnte aus dem SA-Konflikt lernen, den Reichtum, die Kompetenz und das Engagement der Laien besser zu nutzen und das Gespräch zum regelmäßigen Erfahrungsaustausch zu suchen.“

Hans Norbert Janowski hat in seiner Vorstellung des Buches die Rolle der Frauengruppen stark hervorgehoben, die mit dem Früchte-, Banken- und Krügerbrand-Boycott eine bemerkenswerte Doppelstrategie gefahren sind in Konfrontation und Dialog mit

ihrer Kirche. Auf die heutige Zeit bezogen sieht er die Kirchen „herausgefordert, sich offensiv für Gerechtigkeit und Menschenrechte einzusetzen – im eigenen Land wie unter den globalisierten Bedingungen im Nord-Süd- und Ost-West-Verhältnis ... Die Apartheid war und ist eine ökumenische Herausforderung, der globalisierte Kapitalismus und der Terrorismus sind es auch.“

EKD-Bischof Koppe (i.R.) dankte Gunther Hermann für die faire Darstellung der Beziehungen in seinem Buch. Er sah die aktuelle (Apartheid-)Herausforderung für Kirchen und Basisgruppen sehr konkret im persönlichen und politischen Einsatz für den Frieden in Israel und Palästina. (Das 542 Seiten umfassende Buch erschien im Lembeck-Verlag und kostet 24,- EUR.)

Als kommendes Projekt plant Pro Oekumene vom **01.-03.10.07** in Bad Boll eine Tagung zu Werner Simpfendörfer.

POe-Kontaktadresse: H. Wagner, Kirchstr. 29
73092 Heiningen, Tel.: 0 71 61 / 94 50 26
Wagner_Harald@t-online.de

Pressehütte Mutlangen Einmischen in die Verhandlungen über Atomwaffen und Atomenergie

Die Pressehütte in Mutlangen macht die ökumenischen Netze darauf aufmerksam, dass im kommenden Jahr vom **30.04.-11.05.2007** das Vorbereitungskomitee für die Überprüfungskonferenz des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages (NVV) tagt aus Anlass des 50-jährigen Bestehens der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) in Wien. Alle Mitgliedsstaaten des NVV entsenden Delegationen in das Vorbereitungskomitee. Nichtregierungsorganisationen können als Beobachter teilnehmen, erhalten die Möglichkeit zu sprechen und Veranstaltungen im Rahmenprogramm abzuhalten.

Friedens- und Ökologiegruppen wollen die Tagung zum Anlass nehmen, um für nukleare Abrüstung und die Nutzung von erneuerbaren Energien einzutreten. Geplant sind eine Fahrradtour nach Wien, ein Jugendcamp, Delegationen gemeinsam mit den Mayors for Peace, Friedensgebete. Die Vorbereitungen fangen jetzt an.

Informationen: Pressehütte Mutlangen
Wolfgang Schlupp-Hauck, Tel. 0 71 71 / 18 20 58
redaktion@pressehuette.de, www.pressehuette.de

► Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK)

Neues aus dem Projekt „Weißt Du, wer ich bin?“

Sehr stolz sind wir darauf, dass Kardinal Lehmann das Projekt „Weißt Du, wer ich bin?“ in seiner Rede zum Michaelsempfang

in Berlin erwähnte und ausdrücklich auf den Impulscharakter des Projektes für den interreligiösen Dialog in Deutschland und weltweit hinwies:

„Wir alle brauchen diese Hoffnungszeichen für eine bessere Zukunft. Auch für theologische und offizielle Begegnungen der religiösen Repräsentanten sind sie eine wichtige, ja unverzichtbare Grundlage. Beispielhaft möchte ich deshalb auf ein Projekt hinweisen, das die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen, der Zentralrat der Juden, der Zentralrat der Muslime und die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB) gemeinsam in Deutschland durchführen. Es trägt den Titel „Weißt Du, wer ich bin?“ und unterstützt auf der Basisebene die Begegnung von Gruppen und Menschen aus den verschiedenen Religionsgemeinschaften. Das Motto dieses Projektes darf auch als Zielperspektive für das Zusammenleben und den Dialog der Religionen hierzulande und weltweit verstanden werden: „Verbindendes entdecken, Unterschiede respektieren, füreinander eintreten, gemeinsam handeln“. www.dbk.de

Die Mitglieder-Versammlung der ACK beschloss auf ihrer letzten Versammlung die Verlängerung des Projekts. Dabei bekräftigt sie die Notwendigkeit der interreligiösen Arbeit, sowohl innerkirchlich als auch gesellschaftlich. Sie bestätigt die Wirksamkeit der Arbeit des Projekts in der nachhaltigen Förderung des friedlichen Zusammenlebens der Religionsgemeinschaften in Deutschland und begrüßt das Vertrauen, das unter den Trägern gewachsen ist. Die Finanzierung jedoch bleibt ungesichert, da sich die beiden großen Kirchen nicht mehr im gleichen Umfang an den Kosten beteiligen werden.

Die geförderten Projekte zeichnen sich durch ihre Vielseitigkeit aus. Sie spiegeln nicht nur wieder, wie unterschiedlich sich der interreligiöse Dialog gestalten kann, sondern sind ein Abbild der unterschiedlichen örtlichen Gegebenheiten und ihren speziellen interreligiösen Anforderungen.

Die Kölner Friedensverpflichtung ragt unter den geförderten Initiativen der letzten Zeit heraus. Sie wurde Ende Oktober im Rahmen eines Festakts von hochrangigen Vertretern aus Judentum, Christentum und Islam unterzeichnet. Oberbürgermeister Fritz Schramma eröffnete die Veranstaltung. Passend zu den drei Religionen beigeteten drei Musikgruppen den Abend: der Schalomchor für die jüdische, das „Heilix Blechle“ für die christliche und die „Tanzenden Derwische“ für die islamische Tradition.

Die Kölner Friedensverpflichtung erklärt, dass „Gewalt und Terror um Gottes Willen nicht sein dürfen und dem authentischen Geist unserer Religionen widersprechen“. Sie betont, dass Religionen „auf ein friedliches und konstruktives Zusammenleben aller Menschen gleich welcher Religionszugehörigkeit“ zielen. So ist es ein logischer Schritt, dass sich die Religionsgemeinschaften selbst verpflichten, aktiv gegen jede Verletzung

und Erniedrigung und für ein friedliches Miteinander einzutreten. Sie laden weitere Gruppen und Gemeinschaften ein, sich dieser Verpflichtung anzuschließen. Der volle Wortlaut der Kölner Friedensverpflichtung findet sich auf der Internetseite des Projekts www.weisstduwerichbin.de

Katrin Kuhla (Projektbeauftragte)

Liva Gollmer (Projektassistentin), ACK, Ludolfstr. 2-4
60487 Frankfurt, Tel.: 069/24702711

Gebetswoche für die Einheit der Christen 2007

Eine zentrale Bedeutung für die geistliche Belebung und die Stärkung der Zusammenarbeit der Kirchen hat die Gebetswoche für die Einheit der Christen. Sie wird jedes Jahr vom **18.-25. Januar** oder zwischen Christi Himmelfahrt und Pfingsten (**17. Mai-28. Juni 2007**) bzw. einem anderen, von den örtlichen Gemeinden selbst gewählten und vereinbarten Termin begangen.

Die Gebetswoche ist ein eindrückliches Zeichen weltweiter oekumenischer Verbundenheit. Als Vorlage dient ein Entwurf, der jedes Jahr aus einem anderen Land stammt und ein biblisches Leitthema in den Mittelpunkt stellt.

Das Thema für die Gebetswoche 2007 lautet: „Christus macht, dass die Tauben hören und die Stummen sprechen“ (Mk 7, 31-37).

Das Schweigen zu brechen und gemeinsam neu hinhören und hinsehen zu lernen – dazu rufen dieses Mal mit ihrer Textwahl und dem Gottesdienstentwurf die Christinnen und Christen Südafrikas die ökumenische Gemeinschaft der Kirchen auf.

Nach dem Ende der Apartheid und dem Bemühen um ihre Aufarbeitung leben sie heute in einer Zeit großer sozialer Gegensätze und sind insbesondere mit den dramatischen Folgen der HIV/Aids-Pandemie konfrontiert. Die Auswirkungen sind vielfältig und betreffen zahlreiche Familien und viele Bereiche der Gesellschaft. Ausgrenzung und Stillschweigen, Scham und Verdrängung sind weit verbreitete Reaktionen. Die Herausforderung ist groß, diese Mauern aufzubrechen.

Ein häufig zitiertes Wort in Südafrika lautet „Aids braucht eine geeinte, keine gesplittete Kirche!“ Diese Aussage verdeutlicht, dass das Streben nach Einheit notwendig ist für ein glaubwürdiges Zeugnis der Kirchen in der Welt. Die Gemeinschaft des einen Leibes Christi verpflichtet zur sichtbaren Solidarität mit den Leidenden. Sie kann nicht dazu führen, an der Not anderer vorbeizugehen, weder in Südafrika noch unter uns.

Die deutschsprachige Fassung der Gottesdienstordnung wird von der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) durch die Oekumenische Centrale in Frankfurt am Main erstellt und herausgegeben.

Das Gottesdienstheft erscheint zusammen mit einer ergänzenden Arbeitshilfe. Eine CD-ROM mit allen Texten und zusätzlichen Materialien ist dem Arbeitsheft beigelegt.

Der zentrale Gottesdienst zur Gebetswoche für die Einheit der Christen wird am Sonntag, dem **20. Mai 2007**, auf der Bundesgartenschau in Gera (Thüringen) im Rahmen des dortigen Kirchenprojektes stattfinden.

Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK), Ludolfstr. 2-4, 60487 Frankfurt
Tel.: 069/24702711

► Attac AG International und KASA



Stopp der Freihandelsabkommen!

Der Attac-Ratschlag, das höchste Entscheidungsgremium des globalisierungskritischen Netzwerks hat Ende Oktober die aktive Unterstützung der internationalen StopEPA-Kampagne beschlossen. Im März dieses Jahres haben 30 europäische und afrikanische Gruppen der Zivilgesellschaft in Harare einen „weltweiten Aufruf zum Stopp der EPAs“ veröffentlicht und „zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Kirchen in den AKP-Staaten und in Europa aufgerufen, die StopEPA-Kampagne zu unterstützen und mit ihren Regierungen die europäische Entwicklungspolitik in Bezug auf die AKP-Staaten kritisch zu befragen.“

EPAs sind Freihandelsabkommen, die die EU mit den AKP-Staaten gegen deren großen Protest bis Ende 2007 durchsetzen will.

Seit 2003 verhandelt die EU im Rahmen des Cotonou-Abkommens mit den 79 assoziierten AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) über die EPAs. In den Verhandlungen drängt die EU auf Liberalisierung der umstrittenen Bereiche der Investitionen, des Wettbewerbs und des öffentlichen Beschaffungswesens und versucht, bilateral durchzusetzen, was multilateral in den WTO-Verhandlungen gescheitert ist.

Das Cotonou-Abkommen wurde im Jahr 2000 unterzeichnet und löste die bisherigen Lomé-Abkommen ab, die den AKP-Staaten weitgehende Handelspräferenzen ihrer Exportgüter einräumten. Das war ein entscheidender Paradigmenwechsel: von Präferenzabkommen zugunsten der ehemaligen Kolonien der europäischen Mächte zu wechselseitigen Freihandelsabkommen zwischen ungleichen Partnern. Mit dem im April 2003 ratifizierten Cotonou-Abkommen entfallen die Handelspräferenzen, auch dürfen diese Länder in Zukunft keine Zölle mehr auf importierte Waren erheben. Damit verlieren die AKP-Staaten einen bedeutenden Teil

ihrer Staatseinnahmen. Die Importe werden dadurch noch billiger, so dass lokale ProduzentInnen einem verschärften Konkurrenzkampf ausgesetzt werden, dem die strukturschwachen AKP-Staaten nicht gewachsen sind.

Alle Studien, die die möglichen Auswirkungen der EPAs auf die Ökonomien der AKP-Staaten untersucht haben, warnen vor den absehbaren großen negativen Folgen. Neben einer Gefährdung der Ernährungssicherheit, könnten die EPAs auch eine De-Industrialisierung und den Zusammenbruch ganzer lokaler und nationaler Produktionszweige zur Folge haben. Eine jüngere Commonwealth Studie schätzt die möglichen Einkommensverluste für die AKP-Staaten auf 9,3 Milliarden Euro.

Bislang sind die EPAs der deutschen Bevölkerung nahezu unbekannt. Das will Attac in Kooperation mit der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) ändern. Angesichts der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, des G8-Gipfels in Heiligendamm sowie des in Nairobi stattfindenden WSF, wo die EPAs eine bedeutende Rolle spielen werden, erhält dieses Thema eine aktuelle Brisanz.

Weitere Informationen: Annette Groth
attac AG International, Spemannstr. 26, 70186 Stuttgart
Tel.: 0711/6749810, anngroth@gmx.de, Mitglied im
Oekumenischen Netz Württemberg (OeNW)
Dr. Theo Kneifel, KASA, Kirchliche Arbeitsstelle
Südliches Afrika, c/o Werkstatt Ökonomie
Obere Seegasse 18, 69124 Heidelberg
Tel.: 06221/43336-12, theo.kneifel@woek.de

► Oekumenisches Netz in Deutschland (OeNiD)

Konziliarer Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung ist wichtiger denn je – Seine Schwerpunkte und Zuspitzungen gehören auf die Agenda von Sibiu

In einer „Wortmeldung“ schreibt das Oekumenische Netz in Deutschland (OeNiD) an die Delegierten für die 3. Europäische Oekumenische Versammlung, zugleich an die Kirchenleitungen sowie die oekumenisch interessierte Öffentlichkeit:

„Am 28.10.2006 nahm das Oekumenische Netz in Deutschland (OeNiD) nach einer knapp einjährigen Konstituierungsphase mit der Verständigung auf eine gemeinsame inhaltliche Plattform und künftige Aktivitätsschwerpunkte seine Arbeit auf. Das OeNiD versteht sich als selbst gewählte Kooperations- und Koordinationsebene Oekumenischer Gruppen, regionaler Netzwerke und bundesweit arbeitender Organisationen, die in der Gesellschaft und in den Kirchen Deutschlands für Gerechtigkeit,

Frieden und Bewahrung der Schöpfung arbeiten. Es ist kein Organ einer Kirche, sondern ein Zusammenschluss, der sich als Teil der Kirche und zugleich als Gegenüber zu den institutionellen Formen von Kirche versteht.

Laut Beschluss der bei der OeNiD-Versammlung in Mannheim anwesenden 33 Vertreterinnen und Vertreter Oekumenischer Organisationen und Netzwerke – darunter: pax christi – deutsche Sektion, INKOTA, SÜDWIND, Plädoyer für eine Oekumenische Zukunft, Oekumenische Initiative Eine Welt, Christen für gerechte Wirtschaftsordnung, KAIROS Europa sowie die regionalen Oekumenischen Netze Baden, Bayern, Hessen, Mittelrhein, Niedersachsen, Rhein-Mosel-Saar und Württemberg – soll das OeNiD in Zukunft schwerpunktmäßig:

- ▷ *Koordinierungsaufgaben zur kooperativen Weiterführung und Neubelebung des Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung übernehmen;*
- ▷ *die Meinungsbildung unter den beteiligten Netzwerken und Organisationen befördern;*
- ▷ *konkrete Projekte, Initiativen und gemeinsame Stellungnahmen auf den Weg bringen;*
- ▷ *die Stimme(n) der Basisökumene hörbar machen und einen Diskurs mit Kirchenleitungen und Öffentlichkeit führen.*

Mit Blick auf die bevorstehende 3. Europäische Oekumenische Versammlung (EOeV) in Sibiu stellt das OeNiD mit großer Besorgnis fest, dass den aktuellen thematischen Herausforderungen, die sich im Horizont von Gerechtigkeit, Frieden und der Bewahrung der Schöpfung stellen, auf der Agenda von Sibiu nur eine nachrangige Bedeutung zukommt. Dies ist unseres Erachtens Ausdruck dessen, dass für viele Kirchen und Christinnen und Christen der Konziliare Prozess inzwischen kaum noch eine Rolle spielt oder gar nicht mehr im Blickfeld ist. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass die bis zur 2. EOeV 1997 in Graz und dort selbst gefassten Beschlüsse nur unzureichend angepackt und umgesetzt worden sind.

Wir nennen beispielhaft:

- ▷ *Die zahlreichen „Skandale und Verbrechen“, die auf der 1. EOeV 1989 in Basel im Blick auf die Gerechtigkeitsfrage weltweit wahrgenommen worden sind, sowie die „tieferen Wurzeln der gegenwärtigen Krise“ und „versteckten Ideologien“, die der Oekumenische Rat der Kirchen auf seiner Vollversammlung in Canberra 1991 thematisiert hat, wurden nicht hinreichend offensiv und mutig genug bearbeitet.*
- ▷ *„Gemeinsame geistliche Erfahrungen mit den Oekumenischen Initiativen“ und die „Einübung einer spirituellen Grundhaltung, die den unbedingten Respekt vor der Freiheit des Gewissens mit der Freude*

am Reichtum des christlichen Glaubens verbindet“ (Graz Handlungsempfehlung B10), wurden vernachlässigt.

- ▷ *die „destruktive Dynamik, die im Missbrauch der Schöpfung liegt und Hilflosigkeit, Gefühllosigkeit oder auch Zynismus hervorruft“ (Graz A18 und A19), wurde nicht politisch konfliktbereit genug thematisiert.*

Im Prozess der 3. EOeV ist die Oekumenische Basis nur in völlig unzureichender und unregelter Form in die Lage versetzt worden, sich an der Erarbeitung von Weichenstellungen zu beteiligen – was einen markanten Rückschritt selbst noch gegenüber dem darstellt, was z. B. das „Oekumenische Dorf“ in Graz 1997 an Begegnung, Austausch, Meinungsbildung und Verabredungen ermöglicht hat.

Für bedeutsam halten wir: Der Oekumenische Rat der Kirchen hat im Jahr 1998 zwei wichtige Prozesse angestoßen: den so genannten AGAPE-Prozess für eine „Wirtschaft im Dienst des Lebens“ sowie die Dekade zur Überwindung von Gewalt. Beide Prozesse sind in heutiger Zeit aktueller denn je. Diese Einsicht unterstrich zuletzt die Freisinger Konsultation der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland vom April 2005, indem sie den Kirchen und der Oekumenischen Basis die inhaltliche Zusammenschau und integrierte Bearbeitung der Themen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung empfahl. Deshalb sind wir der Überzeugung, dass im Hinblick auf die 3. EOeV die damit verbundenen Anliegen wieder sichtbar in den Rahmen und die Dynamik des Konziliaren Prozesses zu integrieren sind. Wir empfehlen ferner, sich dem Agenda 21-Prozess anzuschließen und diesen z. B. in Bündnissen lokaler Ökumene mit dem Konziliaren Prozess zu verbinden (wie in Graz beschlossen).

Es muss unseres Erachtens vorrangig darum gehen, dass Christinnen und Christen und Kirchen in Treue zum Evangelium folgende Schwerpunkte „besetzen“:

- ▷ *AGAPE: Prophetische Rolle der Christinnen und Christen und Kirchen bezüglich der Globalisierung;*
- ▷ *Dekade zur Überwindung von Gewalt: Förderung gewaltfreier Konfliktlösungen, besonders im Rahmen der EU-Verfassung;*
- ▷ *Im gesellschaftlichen Raum hat sich der Gedanke der „nachhaltigen Entwicklung“ verbunden mit der Erstellung einer Nachhaltigkeitsstrategie durchgesetzt. Im Konziliaren Prozess wollen wir unsere Vorstellungen einer nachhaltigen Entwicklung darstellen und realisieren (z. B. im Rahmen der Erd-Charta).*

Die globalen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklungen in den Jahren nach der 2. EOeV in Graz machen es erforderlich, dass innerhalb dieser drei Themenfelder im Rahmen der Neubelebung des Konziliaren Prozesses klare und verbindli-

che Aussagen zu folgenden Themenkreisen getroffen werden:

- ▷ *Dominanz eines einseitig ökonomischen Denkens und Handelns und Durchsetzung der wirtschaftlichen Interessen der Global Player mit Gewalt und Kriegen in mehr und mehr Lebensbereichen (Imperiumsdebatte);*
- ▷ *Ökonomie der Gewalt;*
- ▷ *Ökologische Bedrohungen/Klimawandel (siehe neue Studien aus London und von der Deutschen Bischofskonferenz);*
- ▷ *Armut/Reichtum (z. B. greed line-Diskussion);*
- ▷ *Wachsende Verelendung bei uns und vermeidbares tägliches Sterben in vielen Ländern auf Grund von strukturellen Ungerechtigkeiten;*
- ▷ *Ausbeutung und Diskriminierung von Minderheiten und sozial Schwachen;*
- ▷ *Aufbau einer Kultur der Befreiung jenseits von Rassismus und Sexismus aus der Mitte unserer Gesellschaft.*

Wir fordern Kirchenleitungen ebenso wie Christinnen und Christen dazu auf, den Konziliaren Prozess aktiv und vorausschauend zu unterstützen und bitten darum, die genannten Schlüsselthemen in der öffentlichen Debatte, in den kirchlichen Leitungsentscheidungen und als Delegierte für die 3. EOeV aufzugreifen sowie bei den Beschlüssen in Loccum und Sibiu an prominenter Stelle einzubringen.“

Martin Gück, KAIROS Europa e.V.
Hegenichstr. 22, 69124 Heidelberg
Tel.: 0 62 21/71 60 05, Fax: 71 60 06,
guck@kairoseuropa.de, www.kairoseuropa.de

► Pax Christi



INTERNATIONALE KATHOLISCHE FRIEDENSBEWEGUNG

Kongress 2007 zum Thema „Nahost“

Im Jahre 2007 führt die deutsche Sektion von Pax Christi einen Kongress zu Nahost durch. Er soll von der Nahostkommission in Zusammenarbeit mit dem Präsidium geplant und durchgeführt werden.

Der Kongress soll die aktuelle Situation und die Voraussetzungen für einen neuen Friedensprozess in Nahost thematisieren sowie der Frage nachgehen, wie in Deutschland eine angemessene Haltung und Sprache der Kritik an Israel gefunden werden kann.

Der Kongress wird in der Evangelischen Akademie Bad Boll vom **11.-13.05.2007** stattfinden.

pax christi, Postfach 1345, 61103 Bad Vilbel
Tel.: 0 61 01/20 73, www.paxchristi.de

► Plädoyer für eine Oekumenische Zukunft



Globalisierung und die Oekumenische Bewegung

Vom 31.07.–06.08.2006 hat das „Plädoyer“ seine 8. Oekumenische Sommeruniversität in und mit der Evangelischen Akademie Hofgeismar durchgeführt. Das Thema: „Globalisierung und die Oekumenische Bewegung“ hat über 90 Menschen zur Reise nach Hofgeismar motiviert. Mitveranstalter war auch der Evangelische Entwicklungsdienst (EED), dessen Vertreter die Verwirklichung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte als Entwicklungsprinzip und -ziel einforderten. Während der ersten drei Tage trafen sich zum Teil gemeinsam, zum Teil parallel, 21 junge Oekumeniker/innen, um ihr programmatischen MEET = *More Ecumenical Empowerment Together* im Gefolge von Porto Alegre durch Erfahrungs- und Ideen-Austausch Wirklichkeit werden zu lassen. Die jungen Menschen verfassten eine eigene Erklärung, die zusammen mit der umfangreichen „Erklärung der 8. OeSU“ zur neoliberalen Globalisierung in einer 110-seitigen Dokumentation abgedruckt ist. Dieser Reader enthält auch die wichtigsten Bibelarbeiten sowie theologische Reflexionen zum Grund unseres Engagements und die wichtigsten Vorträge zur Globalisierung als höchst brisante Anfrage an das Oekumene-Selbstverständnis.

Die Dokumentation kann gegen 8,- EUR bezogen werden bei: Werner Gebert, Banweg 14
72131 Ofterdingen, Tel.: 074 73/95 98 98
euw.gebert@t-online.de, www.ecunet.de-Plädoyer

► Werkstatt Oekonomie: „Reichtum – Macht – Gewalt“ Jahrbuch Gerechtigkeit II

Kirchen fordern Neuakzentuierung der sicherheitspolitischen Debatte

Die sicherheitspolitische Debatte wird seit dem 11. September 2001 beherrscht von der Auseinandersetzung mit dem islamistischen Terrorismus. Doch einer nachhaltigen Sicherheitspolitik in Zeiten der Globalisierung muss es in umfassender Weise um menschliche Sicherheit gehen: Eine Neuakzentuierung der sicherheitspolitischen Debatte ist erforderlich.



Hierauf verweist das Jahrbuch Gerechtigkeit II, das jetzt unter dem Titel „Reichtum – Macht – Gewalt“ von 35 kirchlichen Institutionen und Organisationen herausgegeben wurde, darunter der „Stiftung Oekumene“.

Ein zentraler Kirchlicher Diskussionsbeitrag benennt die größten Bedrohungen der Sicherheit von Menschen in Zeiten der Globalisierung – von Mord und Totschlag über Bürgerkriege bis hin zur kriminellen Schattenglobalisierung. Er zeigt, wie aus einem ungebändigten Streben nach Reichtum Gewalt und wie Habgier tödlich werden kann. Zugleich betont er die Notwendigkeit eines umfassenden Sicherheitsbegriffes, denn menschliche Sicherheit ist mehr als die Abwesenheit von Krieg, bewaffneten Konflikten und Terrorismus. Er erinnert daran, dass der Schalom (Friede) Gottes Gerechtigkeit und Frieden untrennbar miteinander verknüpft.

Diesen Spuren gehen neunzehn Aufsätze aus Wissenschaft und Praxis nach. Sie beleuchten die Zusammenhänge von Gewalt und wirtschaftlicher Ungerechtigkeit. Sie untersuchen, wie soziale Ungleichheit Gewalt fördern kann. Länderstudien über Nigeria, den Kongo, Tschad, Kamerun und Indonesien beschreiben, welche schrecklichen Folgen es hat, wenn wirtschaftliche Interessen mit hemmungsloser Gewalt durchgesetzt werden. Sie machen aber auch Mut. Denn sie berichten, wie Gewalt überwunden werden kann – wie Christen und Muslime gemeinsam Frieden schaffen können. Und sie eröffnen biblische Perspektiven der Hoffnung.

Über 60 farbige Schaubilder und Weltkarten dokumentieren das Ausmaß von Gewalt und Armut. Sie belegen, dass es in den letzten dreißig Jahren Fort- und Rückschritte bei der menschlichen Entwicklung gegeben hat. Nicht zuletzt belegen sie eindrücklich, dass der islamistische Terrorismus keinesfalls die größte Bedrohung der Sicherheit in Zeiten der Globalisierung ist. So begründen sie die Grundthese, dass eine Neuakzentuierung der sicherheitspolitischen Debatte unabdingbar ist.

Das Jahrbuch Gerechtigkeit II kostet 13,90 EUR.

ISBN 3-88095-156-X

Koordination Herausgeberkreis:

Werkstatt Oekonomie e.V., Klaus Heide

Obere Seegasse 18, 69124 Heidelberg

Tel.: 0 62 21/4 33 36 13

Oekumenische Netze im Konziliaren Prozess

Der OEKUMENISCHE INFORMATIONSDIENST bietet unter anderem den hier aufgeführten oekumenischen Netzen eine Austauschplattform.

Baden

Oekumenisches Netz Baden
Wolfgang Lenssen, Köndringer Str. 10
D-79331 Teningen-Heimbach
Tel.: 076 41 / 57 32 80 (p)
Tel.: 076 41 / 4 13 35 (d)

Bayern

Oekumenisches Netz in Bayern
c/o H. H. Willberg
Mühlbachweg 13
D-90559 Burgthann
Tel.: 091 83 / 95 00 39

Berlin

Oekumenischer Rat Berlin-Brandenburg
Oekumenisch-Missionarisches Institut
Gierkeplatz 2-4, D-10585 Berlin
Tel.: 0 30 / 3 42 10 00
Fax: 0 30 / 3 42 10 11

INKOTA

Greifswalder Str. 33 a, D-10405 Berlin
Tel.: 0 30 / 4 28 91 11
Fax: 0 30 / 4 28 91 12

Bremen

Oekumenische Initiative Bremen
in forum Kirche
Holler Allee 75, D-28209 Bremen
Tel.: 04 21 / 3 46 15-36
Fax: 04 21 / 3 46 15-38

Hamburg

Solidarische Kirche in Nordelbien
Heike Schoon c/o Pauluskirche Altona
Bei der Pauluskirche 1, D-22769 Hamburg
Tel./Fax: 0 48 64 / 7 04

Hessen

Oekumenisches Netz Nord- und Osthessen
c/o Pfr. Reiner Weiß
Obere Sommerbachstr. 8
D-34225 Baunatal
Tel.: 0 56 01 / 84 35

Niedersachsen

Oekumenisches Netz in Niedersachsen
Gerhild Kramer, Wellerser Str. 14
D-37586 Dassel, Tel.: 0 55 62 / 67 94

Oldenburg

Oekumenisches Zentrum Oldenburg e.V.
Kleine Kirchstr. 12, D-26122 Oldenburg
Tel./Fax: 04 41 / 2 48 95 24

Pfalz

Arbeitsstelle Friedensdienst der Ev. Kirche der Pfalz
Referat Konziliarer Prozess
Eberhard Dittus
Große Himmelsgasse 3, D-67346 Speyer
Tel.: 0 62 32 / 67 15 17
Fax: 0 62 32 / 67 15 67

Rhein-Mosel-Eifel-Hunsrück-Westerwald

Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar
Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1
D-56564 Neuwied
Tel.: 0 26 31 / 35 41 40
Fax: 0 26 31 / 35 41 41

Rheinland

Oekumenischer Trägerkreis Rheinland
c/o Wiebke Naumann, Zeughausstr. 7
D-53721 Siegburg
Tel.: 0 22 41 / 6 76 01
Fax: 0 22 41 / 95 97 93

Oekumenisches Netz Mittelrhein e.V.

Erhard Dischler
Immermannstr. 7, D-41516 Grevenbroich
Tel.: 0 21 82 / 25 90
Fax: 0 21 82 / 27 45

Solidarische Kirche im Rheinland

Kirchliche Bruderschaft
c/o Erika Franze-Haugg, Mozartstr. 9
D-45578 Mühlheim a. d. Ruhr
Tel.: 02 08 / 59 30 23

Oekumenisches Forum im Rheinland

Lohstr. 132, D-46047 Oberhausen

Sachsen-Anhalt

Arbeitsstelle Eine Welt
Pfr. J.-H. Witzel, Leibnizstr. 4
D-39104 Magdeburg
Tel.: 03 91 / 53 46-493
Fax: 03 91 / 53 46-490

Westfalen

Oekumenisches Netz in Westfalen
MÖWe, Horst Hoffmann, Olpe 35
D-44135 Dortmund
Tel.: 02 31 / 54 09-73
Fax: 02 31 / 54 09-21

Solidarische Kirche Westfalen-Lippe

Michael Nelson, Ostberger Str. 26
D-58239 Schwerte, Tel.: 0 23 04 / 1 58 50

Württemberg

Oekumenisches Netz Württemberg
Johanna Moltmann-Hermann
Riedhöfe 2, D-88410 Bad Wurzach
Tel./Fax: 0 75 64 / 44 79

Oekumenisches Netz in Deutschland

c/o Michael Held
Simon-Haune-Str. 15
D-36251 Bad Hersfeld
Tel.: 0 66 21 / 62 01 86, Fax: -6 56 45

Fördermitgliedschaft bei der Stiftung Oekumene

Fördermitglieder können Einzelpersonen, Gruppen, Gemeinden oder Pfarrämter werden. Jedes Fördermitglied erhält regelmäßig den OEKUMENISCHEN INFORMATIONSDIENST sowie dessen Sonderdokumentationen. Weitere Materialien werden umsonst oder mit Rabatt angeboten. Über den Förderbeitrag (abzüglich der Gebühr für den Informationsdienst) wird eine abzugsfähige Spendenquittung ausgestellt. Der monatliche Mindestbeitrag liegt bei 5,- Euro.

Stiftung Oekumene
Konto 100 008
BLZ 500 502 01
bei der Frankfurter Sparkasse

IMPRESSUM

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

Gegründet 1982 – Erscheint vierteljährlich

Herausgeber und Verleger:

Stiftung Oekumene.
Verantwortlich:
Ulrich Schmitthener
Lindenspürstr. 30, 70176 Stuttgart

Bei der Redaktion dieser Ausgabe wirkten mit:

Werner Gebert, Tübingen/Ofterdingen
Ulrich Schmitthener, Stuttgart
Rainer Zimmer-Winkel, Jerusalem

Gestaltung:

Karl H. Thiel, Offenbach/Main

Druck:

Knotenpunkt Offsetdruck
Beller Weg 6, 56290 Buch

Konto: Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01, Kto.-Nr. 100 008

HINWEIS:

Der Oekumenische Informationsdienst erscheint mit freundlicher Förderung der Evangelischen Kirche in Deutschland